

„Globalisierung als Realität oder Ideologie ?“

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“ (Kommunistisches Manifest 1848)

Gliederung

Begrifflichkeiten

1. Phänomene und Fakten
2. Was steckt dahinter – Wirklichkeit und Ideologie
3. Hilfloser Staat – ohnmächtige Politik?
4. Dialektik der Globalisierung
5. Programmatische Konsequenzen und Gegenstrategie
6. Vorhandene Programme und Konzepte: Anhang 1 bis 5

Begrifflichkeiten: „Globalisierung“ („Schmetterlingswort“ (Hengsbach), „Plastikwort“ (Leggewie)):

- ◆ Politökonomische Kategorie oder neoliberaler Kampfbegriff?
- ◆ abstrakt oder konkret?
- ◆ Ökonomische Internationalisierung = Globalisierung?
- ◆ Ökonomismus oder politökonomische Analyse?
- ◆ Etwas ganz Neues, das eine Revision unseres Grundsatzprogramms oder gar der sozialdemokratischen Grundwerte erzwingt?

1. Phänomene und Fakten

- ◆ **Ökonomische „Evidenz“:**
weltwirtschaftliche Verflechtung mit Entgrenzung der Märkte, Mobilität des Kapitals, (Arbeits)Migration, Firmenzusammenschlüsse und –netzwerke, Transport- und Kommunikations“revolution“, Dominanz der Finanzmärkte
- ◆ **Ideologische „Evidenz“:**
„Standortwettbewerb“, „McWorld“-Konsum, Diffusion der Lebensweisen, neoliberale Hegemonie
- ◆ **Politische „Evidenz“:**
Internationalisierung der Beziehungen und Regulationen (Wirtschafts-/Staatenverbände – EU, NAFTA, ASEAN etc. - WTO, IWF, WB – OECD, G7 - „Washington-Konsens“), Internationale Ausweitung des Marktes bei nationaler Begrenzung der staatlichen Regulations- und Steuerungsinstrumente, Uneingeschränkte US-Hegemonie, aggressives Konfliktlösungsregime und Militarisierung

mit den **Kernergebnissen**

- Kontrollverlust der Nationalstaaten über Finanzkapital und TNK'e und ihre Indienstrahmung für die nationale und internationale Durchsetzung von deren Interessen
- Aushöhlung wettbewerbspolitischer und kartellrechtlicher Standards
- Standortkonkurrenz und –erpressung – Wettbewerb um Steuersenkungen, Lohnkostenreduktion, Sozialabbau, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten - verschärfte Umverteilung von unten nach oben

und den damit verbundenen/begleitenden **Entwicklungen und Widersprüchen**

- **Internationalisierung – Regionalisierung und Marginalisierung** (Handelsbeziehungen innerhalb der EU, der Triade und der TNK¹) („regiozentrische Internationalisierung“)
- **Freihandel – Protektionismus**, insbesondere im Machtverhältnis „Industrieländer“-„Entwicklungsländer“
- **Internationalisierung unter US-Hegemonie - Nationalismen/Ethnisierung; „Nation/State Building“ – Staatenzerfall**
- **„Internationalismus“ – Wohlstands-Chauvinismus, Rassismus, Fundamentalismus**
- **Uniformierung/Verflechtung – Diversifizierung/Polarisierung, Inklusion und Exklusion, national und international:** „Internationale Arbeitsteilung“, Arbeit/Arbeitslosigkeit/Migration, Armut/Reichtum, Menschenrechte, soziale Rechte, Bildung,

¹) 39% des Welthandels innerhalb Westeuropa, 59% innerhalb Westeuropa+Nordamerika; 30% innerhalb transnationaler Konzerne; Export 10% des EU15-BIP und 10% des USA-BIP

IT, Kulturen; Frauen; Umwelt, Energie und Klima; Entwicklungsländer, insbesondere Afrika

- **Asymmetrie:** exklusiver Charakter der Globalisierung: **globales Verteilungsproblem, extern und intern**
- **Entgrenzung** (aller Lebensbereiche, der Öffentlichkeit, weltweiter Kommunikationsraum, Transnationalisierung, privater vs. öffentlicher Sektor, Virtualisierung und Beschleunigung) – **Glokalisierung²⁾** (globale Konkurrenz und lokale Konkurrenzfähigkeit; transnationale Öffentlichkeit; universelle Menschenrechte und universelles Recht auf Differenz; NGO's; „eine Welt“ – „globales Dorf“) – **Hybridität** (transnationale Mobilität, Enträumlichung (WWW!) - „routes“ statt „roots“- „space of flows“ statt „space of places“ – „McWorld“-Kultur/Weltkultur – „Kreolisierung“)
- **Hegemonie der neoliberalen „Theologie“**

2. Was steckt dahinter ? – Wirklichkeit und Ideologie

- ◆ Internationale Expansion als Grundtendenz von Gesellschaften mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, Koordination über Markt und Konkurrenz und Profitsteuerung der Entscheidungen über Art und Umfang der Produktion (Huffschmid)
„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet“ (Kommunistisches Manifest 1848)
- ◆ Globalisierung als neue, **neoliberalistisch geprägte Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung/Internationalisierung** durch Kapitalisierung aller Lebensbereiche und Räume unter Indienstnahme und Inwertsetzung der neuen technologischen Entwicklungen (insbes. Transportwesen, IT)
- ◆ als **Folge von und Reaktion auf Akkumulations- und Verwertungskrise³⁾** in den kapitalistischen Zentren ab den 70er Jahren:
 - Wachstumskrise mit nachlassender Investitionsdynamik
 - Verstärkte Rationalisierungen und Marktanteils Wettbewerb
 - Ergebnis:
 - Zunahme des Wettbewerbs, Verschiebung von Wachstums- zu Verdrängungswettbewerb
 - von der Sachkapitalakkumulation zu Finanzanlagen
 - Beschleunigung des internationalen Konzentrationsprozesses und Übergang von multi- zu transnationalen Konzernen
 - Anstieg der internationalen Direktinvestitionen ('80 bis '00: Handel 2x und Direktinvestitionen 10x so schnell wie Produktion)
- ◆ vorbereitet/begleitet und politisch durchgesetzt⁴⁾ von bzw. durch die **neoliberale Ideologie** (Amalgam von Neoklassik und Monetarismus) **mit den Kernelementen**
 - absolute Priorität von Markt und Wettbewerb, national und international, als Grundlage und Voraussetzung von Wachstum und Wohlstand „für alle“

²⁾ „Glokalisierung zunehmende Durchdringung und Beeinflussung örtlicher Verhältnisse ...in einem von vornherein transnationalen Referenzrahmen, ohne dass dieser noch als monokausaler Ausgangspunkt lokaler Veränderungen angesehen werden kann“ (LEGGEWIE 2003)

³⁾ ab den 70er-Jahren: Wachsendes anlagesuchendes Kapital und wachsende Geldvermögen (Verteilung!) und deren Konzentration

⁴⁾ von der Aufhebung des Bretton Woods-Systems (Leitwährung Dollar mit von den USA garantierter Goldkonvertibilität, feste Wechselkurse) ab 1973 (de jure 1976) und der Kapitalverkehrsbeschränkungen und -kontrollen (USA 1974, GB 1979, EU 1992) über „Washington-Konsens“ (1990) zu EU (Stabilitätspakt und Praxis Kommission, EuGH, EZB, Verfassungsentwurf) – MAI – GATTs - TRIPS

- Rückzug des Staates aus allen ökonomischen Aktivitäten und Regulationen, die dem entgegenstehen
- durch Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung aller sozialen Verhältnisse
- Fixierung des internationalen und nationalen Regimes auf Geldwertstabilität (Geldvermögensbesitzer)

exemplarisch ausgedrückt im „**Washington-Konsens**“ von IWF, WB und G7-Staaten (1990) ⁵⁾

- ◆ und dem **Ergebnis: Doppelcharakter des Begriffs „Globalisierung“** als realem(r) internationalem(r) **gesellschaftlich-politischen(r) Prozess/Entwicklung und ideologischer Transformation/Inkraftsetzung** zu unausweichlichen, objektiven „Sachzwängen“ ohne gesellschaftliche/ politische Alternative und dadurch jeder interessenbezogenen Analyse und Bewertung entzogen: „Entpolitisierung“, Entdemokratisierung. **„Globalisierung“ heißt mit Vornamen TINA (There Is No Alternative)!**

◆ **Historische Einordnung**

- Phasen der kapitalistischen weltwirtschaftlichen Beziehungen: primäre Akkumulation – Merkantilismus und Kolonialismus - industrielle Revolution und Weltmarkt – Herausbildung internationaler kapitalistischer Arbeitsteilung, grenzüberschreitender Direktinvestitionen, von internationalem Kapitalverkehr, Entstehen transnationaler Unternehmen als Weltmarktakteure
- **heute:** Ende der Phase der konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Internationalisierung mit ökonomischen und nichtmilitärischen Mitteln (vorher: (westliche) Globalisierung durch Reformpolitik und internationale Kooperation)
- Gegenreform auf nationaler und internationaler Ebene mit offen immer gewaltsameren Entwicklungsformen – ökonomische und soziale Aggressivität mit
 - militärischer Aggressivität nach außen
 - polizeistaatlicher Aggressivität nach innen.

„Globalisierung“ als **gleichzeitig „alte“ und „neue“ Form** der kapitalistischen weltwirtschaftlichen Beziehungen: **Verschränkung und Korrespondenz von realem Prozess und ideologischer Hegemonie**

Nicht „Wirklichkeit oder Ideologie“, sondern dialektische **„Wirklichkeit und Ideologie“** als kapitalistische Formbestimmtheit - „Die Wahrheit ist immer konkret“. Der abstrakte „Sachbegriff“ Globalisierung transportiert konkret immer auch die neoliberale Doktrin im Herrschaftsinteresse.

⁵⁾ Die zehn wirtschafts- und sozialpolitischen Prinzipien des Washington-Konsenses (1990):

- Haushaltsdisziplin
- Orientierung der öffentlichen Ausgaben auf die produktivsten Bereiche (in den Entwicklungsländern Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur)
- Steuerreform (Senkung der Steuersätze, Verbreiterung der Steuerbasis)
- Liberalisierung der Zinsen
- Wettbewerbsfähige Wechselkurse (d.h. Abwertung für Länder mit Handelsdefiziten)
- Liberalisierung des Außenhandels
- Liberalisierung des Kapitalverkehrs (Direktinvestitionen)
- Privatisierung
- Deregulierung (der Märkte)
- Sicherung der Eigentumsrechte.

(nach John Williamson, *Institute for International Economics*), lt. „Selbstanzeige“ Erfinder des Washington-Konsenses)

3. Hilfloser Staat – ohnmächtige Politik?

- ◆ Neoliberale Globalisierung: **unter Deckmantel der „Entpolitisierung“ weltweite Durchsetzung einer Politik im Interesse des Kapitals**, Herrschaft des „Weltmarkts“ über die Politik der Nationalstaaten und der internationalen Beziehungen
- ◆ **Bisherige Entwicklung** seit den 70er Jahren gekennzeichnet durch **politische Durchsetzung des neoliberalen Regimes** über nationale Politiken und internationale Vereinbarungen und Institutionen („Washington Konsens“, WTO, IWF, WB, EU): Die **Politik von gestern** ist der **„Sachzwang“ von heute**
- ◆ Die **Rolle des (National)Staates**. – vom **Wohlfahrts-** zum **Wettbewerbsstaat**: **Unterwerfung** der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik **unter das Diktat der Weltmarktkonkurrenz** durch Schaffung von günstigen Wettbewerbsbedingungen für das nationale Kapital (Lohn- und Sozialabbau, Steuersenkungen, „Deregulierung“ der Arbeitsbeziehungen, Abbau der staatlichen Organisation der Daseinsvorsorge, Schwächung der Gewerkschaften), der Standortbedingungen für das internationale Finanzkapital und für die Geldvermögensbesitzenden (Geldwertstabilität, Realzinsen), direkt oder durch Übertragung von wirtschafts- und finanzpolitischen Souveränitätsrechten auf internationale Institutionen (EU, EZB, WTO, IWF, WB)
- ◆ Sozial-, Gleichstellungs-, Ökologie-, Entwicklungs-, Friedens- und Abrüstungspolitik werden dem untergeordnet und sind bestenfalls **Residualpolitiken**
- ◆ Dabei geht es **nicht um „weniger Staat“**, sondern **um einen anderen Staat**: Der nationale Wettbewerbsstaat kann entgegen der neoliberalen Marktrhetorik nicht auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten verzichten:
 - Garantieren der „harten“ und „weichen“ Infrastruktur, der rechtlichen Rahmenbedingungen (Eigentum!), von „Sicherheit und Ordnung“ und Prävention kollektiver Risiken im Innern
 - Ausbau der Möglichkeit zur „Intervention“ nach außen (Neomerkantilismus und Militarisierung).
 - **Demokratie und Bürgerrechte** immer mehr als **„bürokratische Hemmnisse“**
- ◆ Alternative nationalstaatliche Handlungsspielräume und Entscheidungen fallen dem **Verdikt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit**, der **Kapitalflucht**, der **Lohn- und Steuerkonkurrenz** zum Opfer – **internationale Kooperation** für eine alternative Entwicklung und Politik wird erst gar **nicht angedacht** (vgl. internationaler Aufruhr gegen Lafontaine 1998/99).
- ◆ Demgegenüber bleibt festzuhalten: Die **Nationalstaaten** und die **Politik** stehen der internationalen ökonomischen Entwicklung nicht ohnmächtig gegenüber (sonst könnten sie sie ja auch nicht im neoliberalen Sinne unterstützen und fördern!), **wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume** haben – wie die Geschichte der neoliberalen Globalisierungspolitik zeigt - immer bestanden und bestehen auch weiterhin, erst Recht für eine alternative internationale Koordinierung und Kooperation. Die **finanzpolitischen Instrumente** (Steuer-, Geld- und Zinspolitik) stehen z.T. auf nationalstaatlicher oder z.B. EU-Ebene zur Verfügung, können und **müssen** aber durch Kooperation und Koordination **„internationalisiert“** werden.

Die **Behauptung der nationalstaatlichen Ohnmacht** (vor allem aufgrund der Internationalisierung der Finanzmärkte) gegenüber den sozialen und ökologischen Folgen der Globalisierung ist **Teil des** entpolitisierenden, entdemokratisierenden **TINA-Konzepts**, vor allem im Interesse des international agierenden Kapitals und der Geldvermögensbesitzenden.

4. Dialektik der Globalisierung

Im Schoß der kapitalistisch formbestimmten Globalisierung entwickeln sich auch – widersprüchlich (**soziale und ökologische „Grenzen der Globalisierung“**) und gleichsam hinter dem Rücken der herrschenden Akteure –

- ◆ das Potenzial/die Vision einer **Weltgesellschaft** mit demokratischer sozialer und ökologischer Gestaltung mit/durch
 - globalem/n Kommunikationsraum
 - universalem(s) Recht (Menschen- und Bürgerrechte, Rechtspluralismus)
 - transnationalem(s) Regieren („Global Governance“, „Lokale Agenda“, „Multilateralismus“)
- ◆ und der **Widerstand** und die Potenziale der **demokratischen Gestaltung eines alternativen Entwicklungspfad**es (NGO'n, Protestbewegungen, Gewerkschaften, innere Entwicklungen in potentiell fortschrittlichen politischen Parteien, SI u.a.)

5. Konsequenzen und Gegenstrategie: Widerstand – Aufklärung und Visionen - Alternativen

- ◆ **Grundwerte-Debatte:** gegen die offene oder latente Infiltration/Übernahme neoliberaler „Theologie“
- ◆ Kernbereich **Sozial-ökologische Wirtschaftspolitik** („Bausteine“)
 - Binnenmarktorientierung, Umverteilung von oben nach unten, Beschäftigungspolitik, Qualifizierung, Verteidigung und Ausbau des Sozialstaats (konjunktureller Stabilisator, materielle und soziale Voraussetzungen für Gleichstellung in Beruf und Familie, gegen die „Sachzwänge“ Konsolidierung - restriktive Geld-/ Zinspolitik - Lohn- und Steuerwettbewerb und die außenwirtschaftliche Aggressivität)
 - Ökologischer Umbau
 - Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen (Mitbestimmung, Tarifautonomie, Wirtschaftsdemokratie) und Arbeitszeitverkürzung
 - Politik für eine eigenständige Entwicklung der Länder der „Dritten Welt“ (s.z.B. DGB-VENRO - **Anhang 3**)
 - Internationale Kooperation (s.z.B. **Anhang 3, 4**)
 - ⇒ Kontrolle der Finanzmärkte
 - ⇒ Soziale und ökologische Standards
 - ⇒ Umbau IWF, WB und WTO
- ◆ **Krisenprävention, Abrüstungs- und Friedenspolitik**
- ◆ **Stärkung der und Bündnis mit den Gegenkräfte(n):** Gewerkschaften, Netzwerken, NGO'n

6. Programmatik und Konzepte zur „Bändigung“, „Gestaltung“, dialektischen „Aufhebung“ der real existierenden Globalisierung: FES (s.**Anhang 1**), SI (s.**Anhang 4**) Euro-Memo, DGB-VENRO (s. **Anhang 3**), Enquête-Kommission (s.**Anhang 5**)

Anhang 1

(Aus: FES „Impulse. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD.“)

V. Was wir wollen

1. Wir wollen die Globalisierung und Europa gestalten

Die Globalisierung prägt heute unsere Handlungsmöglichkeiten. Sie bietet wirtschaftliche Chancen und Möglichkeiten zur besseren Nutzung knapper Ressourcen, aber auch große Herausforderungen. Globalisierung kann zur Verbreitung universell gültiger Werte beitragen und den weltweiten Zugang zu Information und Wissen demokratisieren. Allerdings grenzt wirtschaftliche Globalisierung ohne soziale Verantwortung viele Menschen insbesondere in Entwicklungsländern aus.

Damit die Chancen der Globalisierung genutzt werden können, müssen wir das Primat demokratischer Entscheidungen in einer Welt bewahren, in der nationale Grenzen durchlässiger werden. Wir müssen auf globaler Ebene Verantwortung zuweisen und Steuerungsmöglichkeiten schaffen, die es ermöglichen, die Rahmenbedingungen für unsere Existenz und wirtschaftliches Handeln weiterhin politisch zu bestimmen. Wir wollen die Chancen der Globalisierung nutzen, um wirtschaftlichen Wohlstand, Frieden, eine gerechte Weltordnung und die Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten zu fördern.

Unkontrollierter Machtkonzentration bei globalen Wirtschaftsunternehmen, dem Ruf nach immer mehr Deregulierung und Entstaatlichung tritt bisher noch keine starke, ordnende Weltinnenpolitik entgegen. Wir wollen eine demokratisierte Weltgesellschaft, aber keinen Weltstaat. Wir wollen eine Weltgesellschaft, in der alle Menschen ohne Hunger und Armut in Frieden selbstständig und selbstbestimmt leben können. Die politische und rechtliche Gestaltung der internationalen Beziehungen und des Weltmarktes ist heute keine Utopie mehr, sondern sie ist möglich geworden, wenn wir es wollen.

Wir sind überzeugt, dass ein aufgabengerechtes Zusammenwirken von

- internationalen Institutionen wie der UNO mit ihren Unterorganisationen
- einer auf weltweit gerechte und faire Handelsbedingungen ausgerichteten, demokratisierten Welthandelsorganisation (WTO)
- weiteren Bereichsregimen wie zum Beispiel die Internationale Organisation für Arbeit (ILO)
- dem weltweiten Aufbau und der Zusammenarbeit von Organisationen regionaler politischer Kooperation
- und einer vitalen transnationalen Zivilgesellschaft

der allein erfolgversprechende Weg ist, um den Menschen die Kontrolle und die politische Gestaltungsmacht über die globalisierte Welt zurückzugeben.

Die Einbettung der globalisierten Märkte in demokratisch legitimierte finanz-, handels- und umweltpolitische, vor allem aber auch soziale Rahmenbedingungen ist unser Ziel.

Anhang 2

Zum „Washington-Konsens“:

Regulierung der internationalen Finanzinstitutionen und Finanzmärkte

Zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte werben US-Präsident Clinton und sein Finanzminister Lawrence Summers unter dem Stichwort „New Financial Architecture“ für eine Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 haben sich die G7-Länder, mit den USA an der Spitze, auf Leitlinien einer Reform verständigt. Dabei werden hauptsächlich die Länder selbst in die Pflicht genommen, ihre Finanzinstitutionen zu reformieren. Auf eine verstärkte internationale Kooperation zur Vermeidung bzw. effektiverer Eindämmung künftiger Krisen wird weitgehend verzichtet. Für die Zukunft soll sichergestellt werden, dass insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer ein stabileres Umfeld für die spekulativen Investitionen der Portfolio-Anleger aus den (kapital-)reicheren Regionen der Welt schaffen. Was mit Kritikern der „New Financial Architecture“ und deren Protagonisten geschieht, musste im vergangenen Jahr der renommierte US-Ökonom Joe Stiglitz exemplarisch erfahren: Sein Plädoyer für einen Post-Washington-Konsens, der als Entwicklungsstrategie nicht nur Liberalisierungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen kennt, kostete ihn seine Stellung als Chefökonom der Weltbank.

IWF und Weltbank, gegründet als Instrumente der währungs- und entwicklungs-politischen Kooperation, wurden dem gegenreformerischen *roll-back* ab Mitte der 70er Jahre angepaßt, das heißt zu Instrumenten der Überwachung, Bevormundung und Ausrichtung der Länder des Südens an die Interessen des Nordens umprofilert. Beide haben mit ihrer Politik des „Washington Konsens“⁷ wesentlich zur weltwirtschaftlichen Polarisierung beigetragen. Der IWF durch seine Überwachungs- und Auflagenpolitik, die Weltbank durch ihre Kreditpolitik, die Projekte besonders im Interesse der Geberländer gefördert und vor allem in die Länder gelenkt hat, die am wenigsten bedürftig waren; die wirklich armen Länder dagegen wurden weitgehend vernachlässigt.

Der „Washington Consensus“ wurde 1990 geboren und verkündet als „universale Konvergenz“ oder „one-world-consensus“ – sozusagen eine wissenschaftlich-politische Ausformung des „Endes der Geschichte“. John Williamson, prominenter Mitarbeiter am Institute for International Economics beansprucht, diesen Terminus erfunden zu haben.⁹ Zum Inhalt des Konsenses zählt er **zehn wirtschafts- und sozialpolitische Prinzipien**:

- **Haushaltsdisziplin**
- **Orientierung der öffentlichen Ausgaben auf die produktivsten Bereiche (in den Entwicklungsländern Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur)**
- **Steuerreform** (Senkung der Steuersätze, Verbreiterung der Steuerbasis)
- **Liberalisierung der Zinsen**
- **Wettbewerbsfähige Wechselkurse** (d.h. Abwertung für Länder mit Handelsdefiziten)
- **Liberalisierung des Außenhandels**
- **Liberalisierung des Kapitalverkehrs** (Direktinvestitionen)
- **Privatisierung**
- **Deregulierung** (der Märkte)
- **Sicherung der Eigentumsrechte.**

Zwar hatte Williamson damals nur auf Lateinamerika abgestellt, er räumt aber ein, seine Empfehlungen hätten für Asien oder Afrika auch nicht anders ausgesehen.

⁷ Unter „**Washington Konsens**“ wird die **wirtschaftspolitische Konzeption** verstanden, die vom IWF zusammen mit der US-Regierung entwickelt und in den regelmäßigen „Beratungen“ (nach Art. IV der IWF-Statuten) mit den Entwicklungsländern mit Nachdruck vertreten und weitgehend umgesetzt wurde. Sie propagiert **exportorientiertes Wachstum, Kampf gegen die Inflation und Beschränkung der Staatsausgaben insbesondere im sozialen (unproduktiven) Bereich als oberste Prioritäten der Wirtschaftspolitik.**

Mit diesen zehn Prinzipien lässt sich „gute Politik“ im Sinne des Washington- Konsenses umschreiben – und der Schlüssel zu Entwicklungserfolgen läge ausschließlich und überall in einer richtigen Zusammenstellung dieser Politik (*policy mix*). Entwicklungsrückstände, anhaltende Armut usw. sind demnach per Definition nur auf „schlechte Politik“ im Sinne der oben genannten zehn Prinzipien (das heißt, deren Nichtbeachtung) zurückzuführen – und zwar überall auf der Welt. Die Bezeichnung dieses Ansatzes als Washington Consensus besagt gleichzeitig, dass es sich um jene Politik handelt, die Williamson zufolge vier in Washington angesiedelte international dominierende Finanzinstitutionen verfolgen: das US-Finanzministerium, die amerikanische Notenbank, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – eine Aufzählung, die nicht nur unumschränkte US-Dominanz in Fragen der Weltwirtschaft unterstellt, sondern darüber hinaus auch die Dominanz von Institutionen, von denen drei noch nicht einmal über eine formale demokratische Legitimation verfügen.

Seit der Asienkrise wird von einem „**Post-Washington-Konsens**“, seit der UN-Konferenz „Financing for Development“ vom März 2002 von einem „**Monterrey-Consensus**“ und von der Errichtung einer „neuen Finanzarchitektur“ gesprochen. Gemeint ist also eine grundlegende Reform. Es wird mehr und mehr anerkannt,

- dass bei den Bedingungen für Kredite offizieller Kreditgeber („Konditionalität“) soziale und ökologische Kriterien in die Entscheidungsfindung einzubeziehen sind,
- dass die Transparenz der Entscheidungsfindung, die Partizipation der Entwicklungs-länder und die Offenheit gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren verbessert werden müssen,
- dass im IWF die verschiedenen Sichtweisen und nicht nur eine Schule – heute dominieren Vertreter der Angebotstheorie und Anhänger umfassender Deregulierung – vertreten sein müssen und
- dass sich die Kredit nehmenden Länder Konditionen „zu eigen“ machen können, ohne dass sie ihnen auferlegt werden („Ownership“). Wichtig ist in der Diskussion über Reformen der Bretton-Woods-Institutionen eine balancierte Neuverteilung der Stimmrechte, so dass in Zukunft nicht mit einer Sperrminorität von 15 Prozent der Stimmen wichtige Strukturentscheidungen verhindert werden können.

Um zu verhindern, dass die zu erwartenden Finanzhilfen des IWF (die letztlich von Steuerzahlern aufgebracht werden) im drohenden Krisenfall quasi als „Kreditver-sicherung“ in die Überlegungen von Investoren mit einbezogen werden (dies führt zu unangemessener Risikofreude, „Moral Hazard“, d.h. zu Geschäften zu Lasten der Steuerzahler), muss klargestellt werden, dass sich an den Kosten einer Krisenberei-nigung nicht nur die Schuldner und die internationale Gemeinschaft, sondern auch die Gläubiger beteiligen müssen („Bail in“, „Private Sector Involvement“). Die Risiken von Investitionen müssen in wirtschaftliche Entscheidungen einbezogen werden. Private Investoren sollten nicht mehr damit rechnen können, dass die Kosten für von ihnen eingegangene offensichtliche Risiken durch die Steuerzahler getragen werden.

Anhang 3

(nach LEGGEWIE 2003)

Thematisch breiter angelegt war da die im Dezember 2002 gemeinsam mit dem **DGB und VENRO** (Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nicht-Regierungs-Organisationen e.V.) verabschiedete **Erklärung «Globalisierung gerecht gestalten»**, deren sieben Schwerpunkte man als aktuelle Schnittstelle zwischen alten und neuen, nationalen und transnationalen Bewegungen folgendermaßen zusammenfassen kann:

- ◆ **Armutsbekämpfung** (vor allem entwicklungspolitische Maßnahmen, darunter Schuldenerlass für die armen und ärmsten Länder und die Tobin-Steuer)
- ◆ **Reform der Finanzarchitektur** (strengere Bankenkontrolle, Devisenumsatzbesteuerung, Kapitalverkehrskontrollen, Koordination der Währungszone von Dollar, Euro und Yen; Schließung von Steueroasen)
- ◆ **soziale Gestaltung des Welthandels** (Aufhebung von Handelshemmnissen gegenüber Entwicklungsländern, Ausnahmen von der Handelsliberalisierung, Einführung von Sozial- und Menschenrechtsstandards, Stärkung der ILO und deren enge Kooperation mit WTO, Weltbank und IWF, Aufnahme von Kernarbeitsnormen)
- ◆ **Verlangsamung der Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte** (Herausnahme öffentlicher Dienstleistungen, Wahrung des Universaldienste-Prinzips, nachhaltige Wettbewerbsordnungen, Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den Staat)
- ◆ **Regeleinbindung transnationaler Unternehmen** (Verhaltenskodices, Vereinbarungen mit Gewerkschaften, sozialverträgliche Investitionsordnung)
- ◆ **Demokratisierung des Globalisierungsprozesses** (Informationsfreiheit, Sicherung von Mitbestimmung, Herstellung der Bedingungen zivilgesellschaftlicher Partizipation).

Anhang 4



GOVERNANCE IN A GLOBAL SOCIETY THE SOCIAL DEMOCRATIC APPROACH EQUAL OPPORTUNITIES AND PARTICIPATION FOR WOMEN AND MEN, POOR AND RICH, DEVELOPING, TRANSITIONAL AND DEVELOPED COUNTRIES

SUMMARY

! The Social Democratic Approach to Governance in a Global Society

1. Under the conditions of globalisation, democratic governance has to be reinvented. The aim of the social democratic movement is to reconcile its historical values - social justice and democracy - with the new challenges, tasks, forms and instruments of politics that globalisation will bring about. A global governance concept has to be developed opposing the neo-liberal market ideology, the neo-conservative agenda, and the unilateralist approach. This alternative has to bind the dynamics of the global market to social, ecological, and democratic values. This requires citizens, women and men alike, their organisations, parties, parliaments and governments to act globally and in accordance with democratic principles.
2. Globalisation is calling into question very basic elements of the political and social order we are used to. The nation-state which for more than a century has been a central element of the political, social and economic order of more and more of the world's societies, is losing strength and importance. New trans-national units, like global and regional organisations or trans-national corporations, and sub-national units, like increasingly autonomous sub-regions and municipalities are taking over parts of the state's discretionary capacities. In many policy fields, domestic solutions alone are no longer sufficient or adequate and have to be replaced or accompanied by internationally coordinated political efforts.
3. Globalisation is a little like technological progress. In itself, politically or on an ethical level, it is neither good nor bad. Technological progress has allowed us to manufacture both increasingly devastating weapons and increasingly effective medicines and vaccines. The same is true of globalisation, which we may define as integration on a global scale of both commercial exchange and financial flows and of cultural contacts and information.
4. Globalisation is a source of wealth – firstly of economic wealth. More and more jobs across the world are dependent on international trade and/or have been created by trans-border investment. Thanks to economies of scale, wider markets lead to increased productivity and thus to more rapid growth in incomes and the standard of living.
5. Globalisation is also a source of cultural and social wealth thanks to the exchanges it generates. It leads to greater international openness, access to the cultures of other countries and learning about diversity. It may become a source of greater freedom by allowing all the world's citizens to construct an identity beyond the strict confines of language, nation, religion or place of birth.
6. Globalisation opens up chances and opportunities, especially for those who have not profited from the economic order of the post-World War II era. Hitherto unincorporated areas are being integrated into global trade and new technological and productive centres are springing up all over the world. The end of the Cold

War has brought about a worldwide improvement in the ideas of democracy and open society. Human rights and sustainability are increasingly accepted as central elements of political thinking. The "anarchic" order of the traditional international system, in which economic and military strength tended to be the only decisive power resources, is giving way to a more complex system of global governance, in which mutually binding agreements should replace the traditional "right of the strongest".

7. However, globalisation is also a source of new problems and threats of a global dimension: the increasing divide between rich and poor, environmental degradation, cultural conflicts and the global migration of women and men.

8. Globalisation is a source of huge imbalances, which is to the detriment of the least developed countries, in particular. It gives free rein to speculative movements of capital, which have brought recurrent financial crises to South East Asia, South America, Russia and Turkey, for instance. In the absence of fair regulation, the free flow of goods around the world brings greater risks of social, fiscal and environmental dumping, including the dumping of medicines even. On a political level, we have seen a rolling back of democratic controls. Instant communication leaves the conventional public authorities powerless, in the face of crimes committed on the Internet for example. The intensive exchange of information and images leads to a loss of cultural reference points, leaving a uniformity that threatens the identity and the creativity of whole countries.

9. In a nutshell, globalisation – ruled, as it is, by liberal financial logic – creates economic and cultural wealth, which is distributed in an unequal fashion. The major challenge posed by globalisation is, therefore, that of enabling democratic policy to be effective in the new global environment so that the benefits of globalisation may be shared equitably and be an opportunity for all.

10. Democratic global governance has to intervene if it wishes to come to grips with the effects of globalisation. Yet coping with globalisation is not only a question of international efforts and international institutions. It is not just a matter of global governance, but of state and local governance, too. There is a need for multi-level governance, which blends global instruments and strategies with those at the regional, state, sub-regional and local level.

11. This process poses a particular problem for the democratic left, for the social democratic and socialist parties of the Socialist International. For more than a century, the democratic state was the central instrument in attempts to build more equitable, participatory and democratic societies. This social democratic project found its apogee in the welfare state of Western European post-World War II societies. Globalisation and its underlying processes now threaten to undo part of the progress that has been achieved. Now a new triangle of principles characterising global social democracy has emerged. These are sustainable development, human rights – including their full and equal enjoyment by women and girls – and democracy. Each of these principles has three dimensions: sustainable development encompasses a sound environment, economic progress and social justice; human rights encompass individual security, cultural identity and social integration; democracy encompasses good governance, transparency and participation. This is the essence of the new social democratic project, that bases its strategy in a set of actions borne in a better governance and a substantial improvement in the education at universal scale.

II Sustainable Development

In the last quarter of the 20th century a worldwide awareness of the importance of protecting the global environment emerged. Issues of environmental, economic and social development took on equal significance. The SI fully supports the concept of sustainable development combining the ecological, economic and social dimensions of globalisation.

In the view of the SI, development implies material wealth, human dignity, human security, justice and equality. Under the chairmanship of the former SI President, Willy Brandt, the Independent Commission on International Development Issues agreed on this definition and recommended a full-scale restructuring of the global economy in accordance with its definition of development and an emergency programme to end poverty in the developing parts of the world.

20 years later, many of these recommendations still remain valid. The policies of the developed countries have not changed much. As a result there are high levels of poverty and increasing economic disparities.

The SI endorses the definition of sustainable development supplied by the former first Vice-President, Gro Harlem Brundtland, as development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. The three fundamental components of sustainable development

are environmental protection, economic growth and social equity. The SI emphasises that if sustainable development is to be successful there will have to be a change in attitude on the part of both individuals and governments with regard to current lifestyles and the impact they have on the environment.

A global strategy for sustainable development has no prospect of success unless it balances the interests between developing and developed countries. Development and economic growth must be much less at the expense of natural resources, in particular the non renewable, and the environment than in the 20th century. Growth and progress should now be inexorably linked with natural balance and sustainability.

The 1992 UN Conference on Environment and Development in Rio set the stage for a new global agenda, the Agenda 21, focusing on various aspects of global sustainability. The World Summit on Sustainable Development in Johannesburg 2002 contributed to the implementation of the Agenda 21. But its results are far from what the SI is aiming for. It has clearly shown the limits of the current institutional framework in getting a new global deal under way. There is a striking contrast between the problems the world faces and its system of governance.

Hence there is a need to establish a new United Nations Security Council on Economic, Social and Environmental issues – a Council for Sustainable Development – for the purposes of global co-ordination.

1. Sound Environment Policy

A sound environment is the indispensable basis for economic development and the enhancement of welfare and the quality of life in all parts of the world.

The 1992 UN Summit in Rio increased global awareness of the importance of global environmental policy, but the promising signals sent out from Rio failed to materialise. The global environmental problems have got even worse.

The developed countries are called upon to change their patterns of consumption and production, but developing countries have a responsibility of their own to bear, too.

Global environmental problems are caused by the growth in world population, the increasing consumption of goods and resources, short-term economic targets and the essential search for profit that leads to a dangerous waste of natural resources.

The outlines of a global environmental policy have emerged which begin with individual ecological media.

a) If the climate challenge is to be tackled successfully the world must rely on conservation, use less non-recyclable and more renewable energy. The huge potential to be tapped by increasing energy productivity is the core answer to the climate challenge.

b) Global warming is the greatest threat to the environment. Global efforts to combat global warming rest on the United Nations Framework on Climate Change. The Kyoto Agreement was reached as part of this Framework. Ratification of the Kyoto Protocol by all the players involved remains a central objective of the SI.

c) Environmental policy needs to focus on the consistent avoidance of waste and the development of a materials management system on a global level. As consumers and producers, carers for their families and educators, women play an important role in avoiding waste and promoting sustainable development.

d) Global environmental policy on the elimination of dangerous chemicals has concentrated up to now on chlorofluorocarbons and persistent organic pollutants. The Montreal Protocol has achieved a total stop in the production and use of ozone-damaging chemicals. It implements North-South priority.

Persistent organic pollutants are used as pesticides. A world chemical policy, stimulated by the Agenda 21, was brought about in 2001 in the Stockholm Agreement. Its essence is the prohibition of twelve particularly dangerous pollutants. Since new and potentially highly dangerous pollutants are constantly being developed, more effective steps are required as part of the Stockholm Agreement.

e) The complexity of biodiversity as a global object of protection entails a focus on several targets: stocktaking of biological diversity, conservation of particularly sensitive regions and benefit sharing in the exploitation of genetic resources.

f) Water is a fundamental good for everyone. Where water services exist, they must be closely controlled and regulated by public authorities. Every delegation to the private sector must be within a strict framework. The free use of water is essential for the establishment of peace between territories that are interdependent as regards natural resources.

g) Soil degradation and desertification are issues of international priority. The respective UN Convention includes among its main points the reduction of poverty and the active participation of civil society in combating desertification.

2. Economic Progress in a Global Economic Order

Globalisation has undermined the ability of states to steer their economies according to given aims, such as full employment, growth or redistributive taxation. Broader international cooperation and coordination are needed to reverse this tendency.

But the principles on which the welfare state is based have not changed. Its mechanisms – regulation, redistribution and public goods – have now become the basis for a global order involving the welfare-oriented protection of the poorest in a manner that is compatible with incentives for private initiative and economic growth, welfare-oriented distribution and global public goods.

There is a need to reform the international coordination of economic and financial policies, the rules of trade, the roles of the International Financial Organisations (IFIs) and International Organisations (IOs).

a) The present system of the World Trade Organisation remains inadequate and unsatisfactory. Large parts of the developing world are still economically marginalized and not integrated into world markets. The WTO has yet to produce an adequate response to this challenge.

Negotiations and procedures at the WTO must be made more transparent and opened up further to political dialogue and participation by all the relevant actors, including parliamentarians.

The working methods of the WTO, including the voting procedures, should be seriously reviewed in order to facilitate the negotiation of agreements.

The current round of negotiations should be a Development Round. The ministerial meeting in Cancun ended in deadlock, but it was useful in that it identified the trade-offs and launched a new process of negotiations involving new organised actors, such as the G 21.

The SI stresses that there is no alternative to a fundamental reform of the agricultural market, including cotton. Long-term challenges for the WTO are to tackle concerns about the environment, core labour standards, the preservation of national cultures, rules regarding investment and gender-sensitiveness.

Within a coherent global mechanism there must be cooperation between the WTO, the IFIs and IOs, which are responsible for tackling environmental, social, labour and cultural issues.

b) The process of globalisation influences the financial markets. Shaping these markets in accordance with global sustainable development means reforming the Bretton Woods institutions and the regional banks as well as global taxation in order to fund global public goods and global development.

There is a need to reform the IMF and the World Bank, including a modification of the quota system so that developing countries are better represented, to adopt better regulations on speculative funds and to combat money laundering more effectively. The present basis of global economic policy is the so-called "Washington Consensus" of the G7 and the IFIs, whose strategy has been unable to resolve problems and bring about rapid sustainable development, as can be seen in many countries. The "Washington Consensus" should be rejected in favour of an approach which takes into account the objective state of a country's economy, its level economic development, drivers of growth, external constraints on development and the social and employment circumstances of its people.

The transparency of the IMF's decision-taking has to be increased - for member countries, parliaments, civil society, borrower countries and public opinion - and the Fund's governance structures made more democratic.

The reforms of the World Bank should be deepened to include a rethinking of the fundamental development concept, a breaking free from neo-liberal market orthodoxy and an acceptance of the relevance of human development and sustainability.

The regional development banks should work more effectively to promote regional integration, because they are perceived as being closer to their regional clients than the IFIs.

c) There is a need for global financing of development and of global public goods. New global resources are needed to achieve these aims. A new International Financial Facility and some form of global taxation have to be introduced. The World Solidarity Fund recently adopted by the United Nations General Assembly should be supported.

Several types of global tax could be envisaged:

- * a so-called globalisation surtax on the net profits of companies;
- * a Tobin Tax or taxation on financial market transactions;
- * a tax on CO₂ or Carbon Added Tax;
- * a tax on armaments;
- * a solidarity tax on trade value in goods and services.

d) Work is essential to ensure human existence. An inclusive and equitable labour market is the filter through which wealth is redistributed and poverty can be tackled at the global level. Global development policy has to stay focussed on the impact of globalisation on labour markets. It is time to make sustainable and decent employment a central macroeconomic aim for the IFIs, to combine macroeconomic with structural policy and to link economic and social policies.

In almost all the countries of the world the participation of women in the labour market still remains below that of men. Barriers in law and tradition still impede women's full economic progress. Rethinking employment policies and integrating the gender perspective is essential to address the negative gender implications of current patterns of work and employment. It is of the utmost importance to promote women's economic rights and independence, to eliminate occupational segregation and discrimination, to ensure that international labour standards on equal pay and working rights apply equally to female and male workers, to encourage women's business and enterprise and to promote the reconciliation of family and working life.

Over the next ten years about one billion young people will reach working age. But there is a fundamental divide in their skills and knowledge. A part of them belongs to the best educated generation ever, while others lack educational opportunities. A global employment strategy for the 21st century must focus on creating jobs that are both more viable and sustainable so that these young people will have decent employment and thus be fully integrated into society.

3. Social Justice

The world economy must be more social. Unregulated globalisation has had a high social cost in the past 20 years; global inequality between poor and rich countries has increased and is reaching historically unprecedented levels.

a) Development policies went out of fashion in the 1980s and 1990s. In 2000, the United Nations agreed on the Millennium Development Goals as an ambitious agenda for reducing poverty and improving lives. These goals are part of the SI's approach to global governance.

b) The 2002 Monterrey Conference on Financing for Development put issues of development finance back on the agenda and the EU and the USA made commitments to increase their ODA. This is positive, but it is not enough.

c) Debts are the most important obstacles to development in a very large number of countries. The debt cancellation programme for Highly Indebted Poor Countries must be continued and reformed in conjunction with the conditions for improving good governance. A new debt workout mechanism should be set up.

d) Respecting development goals implies a flexible application of special treatment arrangements within the WTO. Regionalisation has to be promoted. Developed countries should reduce and ultimately eliminate protection and gradually lower the subsidising of key markets, particularly of agriculture. The ILO's Labour Conventions have to be implemented by voluntary action, positive incentives and sanctions.

e) The social principles of a global economic system are sustainability and employment, which must be strengthened in global strategies. Alliances for more and better jobs must be forged.

The report of the ILO's World Commission on the Social Dimension of Globalisation can initiate a global policy focusing on the problems people face in their everyday lives.

f) Trans-national corporations, as the big winners of the era of globalisation, must be forced to assume their social and environmental responsibilities. They could be better controlled if international regulations in the field of global competition and consumer rights were introduced. TNCs are at the core of the taxation gap in present societies; due to deregulation policies, capital is avoiding taxation, thus putting the burden of state finances on consumption and labour. Joint international efforts are needed to reverse this trend.

III Human Rights

Human rights form part of the foundations of the international legal order. The 1948 Universal Declaration of Human Rights lent enormous momentum to the international legal protection of such rights. Working to put into practice the principles of human rights remains a permanent task. The human rights of women throughout their life-cycle are an inalienable, integral and indivisible part of universal human rights.

The world community should put greater emphasis on the implementation of human rights agreements and on ensuring that all states ratify the core body of human rights agreements. States have an obligation to support each other in ensuring observance of human rights; this requires that help be given to developing countries.

The sovereignty of states is beyond dispute, but consideration must also be given to the sovereignty of individuals, which is violated by state terrorism. In such instances there is a case for intervention on humanitarian grounds within a multilateral framework.

The role of human rights includes empowering communities. Protecting their rights must be considered a contribution to preventing conflicts resulting from poverty, discrimination and exclusion.

Poverty deprives millions of their fundamental rights.

Ensuring human rights is a task for states and for civil society. Support should be given to committees charged with the implementation of human rights agreements.

1. Human Security as a Challenge for Governance

For the vast majority of people around the world security is not a question of inter-state relations; it tends to have a more individual character. Most people see security as being protection from harm, either from violent human beings, famine or drought. The fight against violence inflicted on individuals is the foundation of human security.

In 1994, UNDP introduced the concept of human security as a fusion of policy concerns related to trans-national and domestic security, political and economic development and the environment.

a) There is a growing feeling of insecurity as different parts of the world witness violent crime, organised criminality, terrorism, human trafficking and drug trafficking. More and more people are living in social environments where physical integrity is less and less secure. People react by organising self-help.

Corruption is one of the most important global and trans-border problems.

Social democratic political forces underestimated the importance of the issue of human security. They are ready to pay closer attention to it.

b) The world is aware of the existence of failing states, where private actors and warlords tend to impose their own law and to use force, threatening people's security. Their activities are based on the material

resources of the territories they hold as well as on drugs and diamonds. The conflicts are fed by the illegal trade in small arms and light weapons and a vast number of landmines.

Poor people tend to become the main victims of state failure.

c) The events of 11 September 2001 provided a reminder of the urgent need to return to the shared basic values of all our civilisations and to rethink social models. In many situations irrationality is triumphing over the values of enlightenment. Racism, xenophobia, chauvinism and religious fundamentalism, in the form of violent ideologies, are becoming major threats to peace and democracy.

There are no excuses for terrorism. It must be condemned. Terrorism cannot be justified by poverty or by regional or religious conflict. The instruments to fight against terrorism should be improved in a multilateral framework.

If terrorism merely inspires the USA to display its military might, the future looks very bleak. It would be tragic if combating terrorism were to become a crusade against Islam. Terror cannot be used to fight terrorism. Global security depends on a new commitment to stand beside the peoples of the world and on extending the concept of human rights to each and every one of them. It must not be forgotten that justice and social cohesion are factors of peace and stability on the local, state and global level. They make it more difficult for terrorist organisations to find revolted and desperate recruits. That will also be the case if double political and moral standards in modern states of Europe, North America and Australia are overcome.

d) There is no simple answer to the issue of personal insecurity. What is needed is a set of instruments relating to crime prevention and the build-up of social, economic and political structures, including food security and working health and education systems.

The central element is prevention.

An integrated plan of crime prevention is needed, running from the local to the international or global level, including a set of measures. Application of these measures requires money and the appropriate political will.

In some of the developing countries, especially in Africa, the reconstruction of statehood and regional integration are key aspects of a policy aimed at reducing the high levels of violence. For that a concept of structural stability is needed, with international efforts to stop the disintegration of states.

2. Cultural Identity

Cultural identity is a human right. Cultural differences must be recognised. The world is witnessing the evolution of patchwork societies, in which common national identities are losing their significance and a growing variety of cultural and social groups coexist. This coexistence is not always peaceful. Poorer countries, in particular, are facing a growing number of conflicts inside their borders. The global community of states has to accept that all societies can be multicultural. No state can impose only one particular culture, language or faith on its population.

a) Many conflicts afflicting the world in recent years were partly religious conflicts, representing a search for identity. However, it should be borne in mind that nearly all conflicts have their origins in a struggle to assert economic interests.

Various kinds of fundamentalism have flourished around the world. This return of fundamentalism can be accompanied by political militancy. Countries that have remained under the boot of authoritarian regimes have become breeding grounds for fundamentalists. The answer to fundamentalism given by social democrats is persistent assertion of the values of human dignity, freedom, social justice, solidarity and gender equality, of the values of tolerance, the coexistence of religions and dialogue between them and of the ideas of the enlightenment.

The very communications technology that has made the global village possible has at the same time stimulated an increased awareness of cultural differences. Societies should cultivate their distinct cultural characteristics and use them for the resolution of social and political problems.

But the human right to cultural identity and global democracy are interdependent. Democracy respects diversity and in doing so it assumes the reciprocity of this respect. Different cultures have different types of

democracy, but they adhere to the same principles. No culture is incapable of democracy, as the defeat of fascism in World War II and the failure of communism at the end of the 20th century in Europe show. The same principle applies to all states in which totalitarian, authoritarian or undemocratic regimes are in power at present.

b) Trans-border and domestic migration has reached a historically unique level. This is mainly caused by demographic and economic factors. In addition there are ecological and war refugees. Migration takes place from the less developed to the more developed countries, from the rural areas into the towns and cities. More and more women are involved in domestic and trans-border migration. Female migrants are especially vulnerable because of their gender.

The permanent influx of labour has a significant influence on the labour market in the receiver countries, especially in the developed countries. The effects differ depending on market regulation. If the labour markets are more flexible, immigration tends to have a lowering effect on wages. If they are more inflexible, they tend to increase unemployment.

c) A global cohesion policy is the answer to the threats of intercultural conflicts and migration.

3. Social Integration through Education

Education is the key to sustainable development, democracy and peace within and among countries, and thus an indispensable means for effective social integration and participation in the societies and economies of the twenty-first century. Education is the most important tool for achieving freedom, progress and social justice. Education is a human right.

All Children, boys and girls alike, should have access to full primary education. The international community must step up its efforts to achieve that aim by 2015.

Primary education is the first step; post primary education systems in developing countries must be strengthened and gender disparities in primary and post primary education eliminated. A knowledge-based development strategy is needed to establish knowledge as a key element of global progress.

a) After the end of the Cold War a more intractable division of the world took hold, based on the creation of technology. There is a technological divide aggravated by the development of new key technologies. Developing countries and old industrial regions are losing out in the digital race. At the same time the digital divide is cutting across old boundaries. China and other Asian regions will soon have more Internet users than the USA. In conclusion, a technological revolution is changing the world's economic and social landscape.

b) The digital divide is also taking hold inside societies and states. New exclusions are being created; the gender and generation gap are further dimensions.

The shift from resource-based towards knowledge-based production and value creation implies that renewed attention must be paid to the human factor. But many of the developing countries are not able to spend the same percentage of their GDP on education as the developed ones.

Among the problems to be tackled are insufficient investment in the development of human resources, illiteracy, inadequate teacher training and obsolete primary education. This is an obligation on every single state and the international community. Education must be seen globally as a process of social integration, which provides elements of social and cultural identity.

c) States must play an active role in building bridges over the digital gap. The USA and the EU have taken effective action in this respect.

In the age of new information and communications technologies public education is becoming indispensable. Public funding is absolutely necessary for basic education and for facilitating access to information technologies.

d) Generally politics has to put more emphasis on education, apprenticeship and training. That is obvious in the developed countries, but critical in most of the developing ones. There are several avenues that can be explored to help the technologically disconnected countries. International cooperation has to be rethought, the General Service Agreement within the WTO framework has an impact on education, and private

financing of education could be useful; Public Services are to be specifically excluded and GATS cannot force countries to privatise services against their will. The access to education for all should be guaranteed.

The UN Information and Communication Technology Task Force and the G8 Digital Opportunity Task Force, based on the Okinawa Charter on Global Information Technology adopted in 2000 are instruments of global efforts. The UN World Summit on the Information Society 2003 should provide a further breakthrough to close the digital gap.

IV Democracy

The time has come to set up efficient democratic structures of global governance. There are still obstacles to democratic decision making in global policy.

1. Good Governance

Governance which will meet the challenges of globalisation must be good, i.e. effective, democratic and subject to the rule of law, at the state level as well as at the global, regional, sub-regional and local level. A new global order is at stake. The SI needs to build global alliances to make this order multilateral, multipolar and multilevel, not unilateral and unipolar.

A system of global governance will have to

- * strengthen the legal framework for states by reinforcing the conflict settlement mechanisms - the International Court of Justice, the International Criminal Court, the World Bank International Centre for Settlement of Investment Disputes;

- * comprise a Council for Sustainable Development in addition to a reformed Security Council;

- * contain effective norms and mechanisms to protect the global biosphere;

- * Reform existing international institutions that will help to stabilise the world economy.

On the state level the executive tends to dominate in international and global affairs and there is a lack of participation by parliamentarians and democratic parties.

The position and influence of the different states in global development is extremely unequal.

The economic and financial strength of trans-national corporations is a growing political factor; they largely outweigh the position of state governments.

There is a need to establish a global political structure that is both efficient and democratic and thus the best for all citizens of the world. The basis for all efforts towards achieving global democracy should be the UN Millennium Declaration, in which the heads of state and government agreed with respect to human rights, democracy and global governance that they would spare no effort to promote democracy, strengthen the rule of law and secure respect for all internationally recognised human rights and fundamental freedoms, including the right to development.

b) Globalisation means that the areas of ecological, economic, social, cultural, political and interpersonal interaction tend to exceed to an ever greater extent the limits of single states or regions. At the same time, there is in many parts of the world a process that can be termed "fragnegration" – a combination of fragmentation into smaller units and integration into larger global or continental entities or spheres of interaction. The institutional arrangements needed to respond to these trends operate at four levels: global, regional, sub-regional and local.

What appears to be at stake is the capacity to build a multilevel system of governance designed to:

- * take the best advantage of each level according to the principle of subsidiarity;

- * improve the interaction and collaboration between these different levels;

- * enhance the global and multilateral level, which clearly seems to be the

weakest level in the light of the problems it should address.

2. Transparency

The transparency of democratic decisions and processes is a prerequisite for democracy. The higher the level of decisions, the more demanding and more necessary this prerequisite is. There is a new need for transparency on the global level.

Citizens can support the cause of transparency by endeavouring to obtain information as individuals and as groups in civil society.

Transparency also requires free and independent media.

a) Civil society organisations play a crucial role in increasing the transparency of global decision-making processes. Formal and comprehensive mechanisms of civil society participation and of access to information have to be established in all international organisations, including the WTO, the IMF and the World Bank.

b) Freedom of the press and freedom of expression are essential for the defence and development of democracy. They contribute to the establishment of transparency, counteract authoritarian trends and correct excesses, negligence and management errors within states. The media gather information and shape it. This mediation function between governance at all levels and societies is a highly responsible one.

Democracy is currently experiencing a crisis of growth and adaptation to the new contemporary world realities. The causes of this crisis are:

- * the inadequacy of the mechanisms of democracy to handle the effects of globalisation;
- * the emergence, in the context of nascent globalisation, of social communities who fear they will not be able to adapt to the new conditions and are sensitive to populist and national-populist messages;
- * the weakening of the credibility and, indeed, of the efficiency of democracy's traditional mechanisms because of the lack of transparency, electoralisation and commercialisation of political action.

The mass media have an immense responsibility and an essential role to play in respect of all these three causes.

Democracy with a market economy and private property made it possible for free media to become a real power. Consequently it is indispensable that the media should behave in a transparent and accountable way. There is a need to recognise the fact that the activity of the press is in the public interest and must, therefore, be carried out in accordance with professional norms, deontological standards and within a legal democratic framework.

3. Participation

a) The participation of civil society in global governance expanded dramatically during the past decade. Thanks to their high level of commitment and their expertise, trade unions and other social partners, on the one hand, and NGOs, on the other, were able to play a key role in the cycle of world conferences.

Therefore, no restrictions must be placed on the consultative status of NGOs at the UN that is currently under review by the UN Secretary-General's Panel of Eminent Persons on United Nations Relations with Civil Society. Instead, formal consultative relations between non-profit NGOs and the UN need to be strengthened and expanded to all institutions of the UN system, including the UN General Assembly and all its specialized agencies.

However, NGOs shouldn't be overburdened by excessive expectations. They influence global decision-making by dint of their experience, analysis and advocacy, but they are not the political decision-makers, as democratically elected parliaments and governments are. Civil society participation must be complementary to, not a substitute for, the role of parliaments. Participatory democracy goes hand in hand with representative democracy, and should include both the political and the social experience. People cannot be citizens in the political life and servants in the economic life.

States and global institutions alone cannot finance the development needs of the developing countries. More intensive cooperation with the private sector is needed to induce private investment. Global corporations have responsibilities as formulated in the UN Global Compact. However, public-private partnerships that

include trans-national corporations, business associations or private foundations of wealthy individuals in their decision-making bodies can cause problems, since they allow representatives of private business interests to take part in political decisions about public policies and the expenditure of public funds.

b) The development of democracy in the last two centuries was determined by the development of political parties. Competition between parties allows citizens a choice between political alternatives that accumulate different values, theories and projects.

Parties are mediators between society and governments. They fulfil the function of political integration.

Parties have been misused in totalitarian and authoritarian political systems, particularly by communism and fascism. One-party systems evolved which are the fundamental opposite of the self-concept of democratic parties that are in electoral competition with others.

It is in democratic Europe, above all, that the basic alternative between parties of the democratic left and the democratic right developed. The concepts of left and right have determined the basic structure of democratic institutions from the beginning. This applied first to the parliament elected after the French Revolution and still applies to parliaments in most democracies, to parties and also to groups close to politics.

The global political positions of the parties in the USA show that parties are already active and necessary not only on a national level but also on a global and regional level.

The parties of the democratic left have joined together on a world level; the Socialist International has been in existence since 1951. Initially, it was a union of primarily European parties. In the 1970s and 1980s, SI chairman, Willy Brandt, inspired the admission of parties in Latin America, Africa, the Arab states and Asia. The SI thus became a global organisation of left-wing democratic parties with very different democratic cultures caused by their history and geopolitical situation.

The parties of the democratic right have also joined forces. The International Democratic Union has existed since 1983.

Globalisation demands that the large global party communities intensify their work and increasingly promote conceptual and strategic communities of interest. They can then consider themselves democratic alternatives on a global level – just as their member parties provide those alternatives at the state level.

c) Democratic parties are involved in political decisions through their participation in elections and through the work of their representatives in parliament. Parliaments elect and monitor governments. This applies at state level and it must also apply at global level.

The Socialist International firmly believes that free and fair elections must be the fundamental source of legitimacy for parliamentarians. However, for both elected and appointed parliamentary entities, openness, transparency and accountability are crucial conditions for a real democratic exercise able to keep the people involved in the decision-making process.

Democratically elected parliaments and governments are the only actors that are legitimised to set global rules and standards and to take global decisions. They are accountable to their electorate and should not be allowed to privatise their duties by shifting global responsibilities to NGOs and other private actors.

The goal of the SI must be to parliamentarise the global political system – with the representation of political parties that offer alternative global political values, theories and projects.

Better structured democratic control and accountability are needed if the world's democratic deficit is to be seriously addressed. At some point, contemplation of a UN Parliamentary Assembly will be needed. Such a development should be supported by the gradual emergence of truly global citizenship, underpinned by rights drawn from the 1948 Declaration on Human Rights and the 1966 Covenants on Civil and Political Rights and Economic and Social Rights.

Such an assembly should be more than just another UN institution. It would need to become a building block of a new, democratically legitimate world order. Recent developments and trends are opening up the path towards an assembly of this kind, which is far from being utopian. The Inter-Parliamentary Union was established more than a century ago. Now, a WTO Parliamentary Assembly is being set up. The UN is already organising a Parliamentary Forum in the context of major international conferences.

Every effort needs to be made by the large party communities to attain the goal of a UN Parliamentary Assembly and they need to strengthen their cooperation in the process. The principal starting point could be in the assemblies of the Inter-Parliamentary Union (IPU).

The large party communities will also need to seek links with parties that do not belong to one of them. That is necessary in particular in highly populated countries such as China, India, Indonesia, the United States and Russia. It will be even harder to represent the global political and democratic alternatives in a potential UN parliamentary assembly without the involvement of parliamentarians from these states.

V Sustainable Development, Human Rights and Democracy need Peace; Peace needs Sustainable Development, Human Rights and Democracy – A New Coalition for a New World Order

The former President of the SI, Willy Brandt, formulated the major challenge for international and global policy as follows: peace is not everything, but everything else is nothing without peace. Our concept of a world in which there is sustainable development, human rights and democracy, therefore, assumes the existence of peace. But peace can only be preserved if sustainable development, human rights and democracy gradually become a fact of life in all the countries and regions of the world.

Security is a part of human rights and includes measures against criminal and terrorist violence. They are a part of global human rights policy. External security, the prevention of a war between states, also remains an ongoing task for the international community.

The Socialist International - in accordance with the UN Millennium Declaration – is determined to establish a just and lasting peace all over the world in accordance with the purposes and principles of the UN Charter. The SI rededicates itself to supporting all efforts to uphold the sovereign equality of all states, respect for their territorial integrity and political independence, resolution of disputes by peaceful means and in conformity with the principles of justice and international law, the right to self-determination of peoples which remain under colonial domination and foreign occupation, non-interference in the internal affairs of states, respect for human rights and fundamental freedoms, respect for the equal rights of all without distinction as to race, sex, language or religion and international cooperation in solving international problems of an economic, social, cultural or humanitarian character.

The SI will spare no effort to free peoples from the scourge of war, whether within or between States. The SI will also seek to eliminate the dangers posed by weapons of mass destruction.

The SI therefore resolves to:

- * Strengthen respect for the rule of law in international as in national affairs and, in particular, to ensure compliance by member states with the decisions of the International Court of Justice, in compliance with the Charter of the United Nations, in cases to which they are parties.
- * Make the United Nations more effective in maintaining peace and security by giving it the resources and tools it needs for conflict prevention, peaceful resolution of disputes, peacekeeping, post-conflict peace-building and reconstruction.
- * Strengthen cooperation between the United Nations and regional organisations.
- * Ensure the implementation, by states parties, of treaties such as arms control and disarmament and call upon all states to consider signing and ratifying the Rome Statute of the International Criminal Court.
- * Minimise the adverse effects of United Nations economic sanctions on innocent populations, to subject such sanctions regimes to regular reviews and to eliminate the adverse effects of sanctions on third parties.
- * Strive for the elimination of weapons of mass destruction, particularly nuclear weapons, and to keep all options open for achieving this aim, including the possibility of convening an international conference to identify ways of eliminating nuclear dangers.
- * Take concerted action to end illicit traffic in small arms and light weapons, especially by making arms transfers more transparent and supporting regional disarmament measures.
- * Call on all states to consider acceding to the Convention on the Prohibition of the Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-personnel Mines and on their Destruction.

The SI stresses again: there can be no division between peace, on the one hand, and sustainable development, human rights and democracy, on the other.

At the dawn of the new century, humankind is at the crossroads. The present world disorder, marked by unilateralism, disrespect for human rights, social injustice and unbalanced development is reaching its limits. Global public opinion is now becoming more aware of these problems and of ways to face up to them. The time has come to build a new world order based on multilateralism, respect for human rights and democracy, and sustainable development for all. This is the SI's goal and the commitment that it wishes to share with all women and men around the world, with global alliances leading to a coalition with the aim of building a new world order.

VI The Socialist International Action Plan for Global Democracy

In adopting a social democratic approach to global policy – Governance in a Global Society – the Socialist International has formulated its democratic global policy goals and agreed on concepts and strategies for their implementation. This forms the basis for the ongoing work of the SI and its member parties in the field of global policy.

1. The Socialist International will submit its approach to governance in a global society for worldwide discussion with a broad range of civil society organisations – NGOs, trade unions and employers' associations – as well as with academics and researchers. The first step will be the Global Progressive Forum in November 2003 in Brussels. The SI will participate in the World Social Forum in Mumbai in January 2004. It will present its approach to governance in a global society to the World Economic Forum.
 2. The Socialist International will discuss its approach to governance in a global society with other globally organised democratic party associations.
 3. The Socialist International will create a high level group on the reform of the United Nations system.
 4. The Socialist International will coordinate the work of the parliamentarians of its member parties in international conferences of parliamentarians, especially the Inter-Parliamentary Union, as well as conferences held in conjunction with the WTO, the World Bank and UNESCO, and work out joint positions wherever possible.
 5. The Socialist International will elaborate concepts to deal with the manner in which the various large regions of the world are affected by globalisation and the tasks they face in structuring it. This applies to North America, Latin America, Europe, Russia and the states of the former Soviet Union, the Middle East, Africa, the Asian regions, Australia and New Zealand.
- Contributions dealing with the tasks to be tackled in certain regions have also been included in the work performed in preparing Governance in a Global Society. They will form the basis for the SI to continue its work on drawing up the relevant regional concepts. The aim of these efforts should be to adapt the SI's approach to governance in a global society to the specific conditions of each region.
6. The Socialist International will contribute to the major global policy projects as well as to the conferences held by the UN, the IFIs and the G8 at the beginning of each year. It will adopt proposals, suggestions and demands to this end and monitor and assess their follow-up.
 7. The Socialist International will arrange cooperation between representatives of its member parties, on the one hand, and staff at the UN, the IFIs and other international organisations, on the other.
 8. The Socialist International will implement its approach to global governance by influencing and thereby linking global policies of its member parties by arranging exchanges of positions and meetings of parliamentarians, members of governments and civil servants belonging to their member parties.
 9. The Socialist International will coordinate the work of the parliamentarians of its member parties in regional conferences of parliamentarians, such as in the OSCE and the Council of Europe, where it will cooperate with the Party of European Socialists (PES).
 10. The Socialist International is prepared to discuss the involvement of parties and parliamentarians in the shaping of global policy with other global democratic associations of parties and to agree on common procedures wherever this appears meaningful. Parties and institutions are urged to promote gender equality

and the empowerment of women in all fields and at all levels in order to shape a truly democratic global policy.

11. The Socialist International is attempting to work together with influential parties in the United States and Russia. This applies first and foremost to the cooperation with the Democrats in the United States and it also concerns democratic parties in Russia.

In China, too, the question arises of developing relations with the Communist Party of China, even though this party does not conform with the concept of a democratic party as formulated by the SI. The transition process under way in China should be carefully monitored.

Anhang 5

(aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2002, S.1006-1016)

Eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz. Schlussbericht der Enquete-Kommission .Globalisierung der Weltwirtschaft . Herausforderungen und Antworten.

(Auszüge)

Am 25. Juni 2002 stellte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung ihren Abschlussbericht vor. Zweieinhalb Jahre lang, seit Dezember 1999, hatten 13 Experten und 13 Abgeordnete die Auswirkungen der Globalisierung untersucht und notwendige politische Reaktionen diskutiert. In rund der Hälfte der 200 Handlungsempfehlungen konnte der Ausschuss Konsens erzielen, nicht aber beispielsweise bezüglich der Einführung einer Devisentransaktionssteuer („Tobin-Tax“), die CDU/CSU und FDP ablehnten. Auch die kritische Grundeinschätzung des Globalisierungsprozesses seitens der Regierungsfractionen und der PDS teilte die Opposition nicht. CDU/CSU- und FDP-Vertreter gaben daher ein Minderheitenvotum ab. Zur Vorgeschichte vgl. auch den Beitrag von Ulrich Brand und Achim Brunnengräber in Heft 2/2002 der „Blätter“, S. 192-201 (Auf der Suche nach der anderen Globalisierung. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission). – D. Red.

1. Einleitung

Viele politische Streitfragen unserer Zeit haben einen direkten oder indirekten Bezug zur Globalisierung. Sei es der Streit um die beste Strategie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, über die Verschuldung von Entwicklungsländern, über die optimale Steuerpolitik oder über Klimaschutz und Atomausstieg, fast alles muss heute im Zusammenhang der Globalisierung gesehen und diskutiert werden. Selbst der rein ethisch erscheinende Streit über den Import embryonaler Stammzellen ist zu einem erheblichen Teil über die Bedeutung für den Standort Deutschland in einer globalisierten Forschungslandschaft geführt worden. Kein Wunder, dass die Globalisierung zu einem Schlagwort mit höchster Medienwirksamkeit geworden ist. Auch wenn der weltumspannende Handel schon seit Jahrhunderten die Basis für Wohlfahrt einzelner Gesellschaften ist: das Schlagwort ist gerade zehn Jahre alt [...].

[...]

Viele Menschen leben heute länger als früher und ihr Lebensstandard ist deutlich gestiegen. Die Globalisierung hat das Gefühl der Ausgeschlossenheit verringert und vielen Menschen Zugriffsmöglichkeiten zu Wissen und Informationen gegeben, die weit über das hinausgehen, was selbst den Vermögenden in jedem Land der Welt vor hundert Jahren offen stand. Auch Proteste gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung waren nur dadurch in diesem Umfang möglich und erzeugten hohen öffentlichen Druck durch die intensive Vernetzung zwischen den Organisationen in verschiedenen Ländern der Welt.

[...]

Im Prozess der Globalisierung drohen Rücksichtnahmen auf Kultur, Umwelt und soziale Ausgewogenheit unter dem Druck des Kostenwettbewerbs in den Hintergrund gedrängt zu werden. Auch die staatlichen Leistungen für öffentliche Güter wie Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Forschung sowie öffentliche Sicherheit sind unter dem Druck des tendenziell ruinösen Steuerwettbewerbs schwieriger zu finanzieren.

Gestärkt wurde demgegenüber insbesondere im letzten Jahrzehnt schon die Position der Kapitaleigner und ihrer Manager, die höchst flexibel auf den internationalen Kapital- und Warenmärkten agieren, „Standortvorteile“ in den verschiedenen Regionen der Welt nutzen und diese ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen gegeneinander ausspielen. Diese verstärkte Verhandlungsposition der Vertreter des Faktors Kapital zeigt sich sowohl gegenüber Staaten und Parlamenten, wie gegenüber Gewerkschaften, der „organisierten“ Zivilgesellschaft und den Medien.

Aus der neuartigen Situation, die durch die Wortschöpfung Globalisierung charakterisiert wird, ergibt sich politischer Handlungsbedarf. Dieser entsteht besonders dort, wo nicht allein die Vorteile, sondern Nachteile der Globalisierung spürbar werden.

[...]

2. Stabilisierung der globalen Finanzmärkte

Gut funktionierende Finanzmärkte können einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Sie unterstützen auf der einen Seite die Finanzierung von privaten und öffentlichen Investitionen und auf der anderen Seite die langfristige private Vermögensbildung von Individuen, Haushalten und Unternehmen. Überdies spielen die Finanzmärkte eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung. Damit Finanzmärkte diese Funktionen erfüllen können, bedürfen sie – wie andere Märkte auch – eines institutionellen Rahmens. Denn Finanzbeziehungen sind prinzipiell nicht stabil. Die ständige Abwägung von Risiken, Chancen und die ständige Suche nach rentableren Anlagefeldern können fehlschlagen. Die Finanzkrisen des vergangenen Jahrzehnts – genannt seien hier die Asien- und Mexikokrise aber auch die jüngste Krise in Argentinien – haben gezeigt, wie kostspielig diese Instabilitäten für die betroffenen Gesellschaften sind und wie gefährlich es für die Stabilität des globalen Finanzsystems werden kann, wenn man es zulässt, dass sich Instabilitäten zu Finanzkrisen zuspitzen. Transparenz und effiziente Aufsicht zur Vermeidung oder Minderung von Risiken sind ebenso unverzichtbar wie Kontrollen kurzfristiger Kapitalströme, spekulativer Fonds mit großer Hebelwirkung („Hedge Fonds“) und Steueroasen.

Die Entwicklung der Finanzmärkte ist nach ihrer Deregulierung seit Beginn der 70er Jahre geradezu spektakulär verlaufen. Die Direktinvestitionen vervierfachten sich in den 80er und sie verfünffachten sich in den 90er Jahren. Der an Aktienbörsen gehandelte Wert, die sogenannte Marktkapitalisierung, verdreifachte sich im Verlauf der 90er Jahre, die Umsätze von Aktien waren am Ende des Jahrzehnts sogar mehr als sieben mal größer als zu dessen Beginn. Die Entwicklung der Finanzmärkte ist auch qualitativ höchst dynamisch. Finanzinnovationen erlauben es, Kapital sehr schnell und in vielfältiger Weise auf den Märkten der Welt anzulegen. Derivate, die von anderen Finanzinstrumenten „abgeleitet“ werden, dienen der Absicherung von Handels- und Kreditgeschäften und werden als „maßgeschneiderte“ Anlagen mit teilweise höchst spekulativem Charakter für vermögende Kunden angeboten. Sie erreichen Größenordnungen, die sich von der realen Welt der Produktion und Investition sehr weit entfernt haben. Von den täglich auf Devisenmärkten gehandelten etwa 1,2 Billionen US-Dollar dienen allenfalls fünf Prozent der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen; der große Rest sind Arbitrage- und Spekulationsgeschäfte zwischen den international operierenden Finanzinstituten, die nur sehr mittelbar mit den realen Prozessen der Produktion zu tun haben.

Institutionelle Anleger spielen dabei eine entscheidende Rolle. Spätestens seit dem Beinahe-Zusammenbruch des Long Term Capital Management-Fonds (LTCM), einem sogenannten Fond mit großer Hebelwirkung („High Leverage Institution“, „Hedge-Fonds“), im September 1998 und der im Anschluss daran drohenden weltweiten Krise des Finanzsektors ist deutlich geworden, welche Gefahren von Akteuren ausgehen können, die sich fast unbeaufsichtigt in einem de-facto rechtsfreien Raum bewegen. Zu deren Regulierung wurden weltweit Vorschläge erarbeitet, ebenso wie zur Kontrolle der Steueroasen (Offshore Financial Centres (OFC)), über die die Manager der hoch-riskanten Fonds, aber auch Mitglieder organisierter Verbrecherkartelle, bevorzugt ihre Geschäfte abwickeln. Steueroasen müssen zur Kooperation mit den internationalen Institutionen der Finanzaufsicht veranlasst werden, um die Gefahren, die für die Stabilität des globalen Finanzsystems von ihnen ausgehen, einzudämmen. Die Enquete-Kommission empfiehlt daher eine verbesserte internationale Aufsicht durch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den Internationalen Währungsfonds (IWF), die auch die Steueroasen erfasst und jene Fonds diskriminiert, die von nicht-kooperativen Steueroasen aus ihre Geschäfte abwickeln. Ebenso empfiehlt die Kommission, dass die Hedge-Fonds ihre Geschäfte mit weitaus mehr Eigenkapital als heute gefordert unterlegen müssen. Damit würden risikoreiche, hochspekulative Geschäfte verteuert und folglich unattraktiver gemacht.

Finanzkrisen kommen die Betroffenen sehr teuer

Ein Grund für Dynamik und Innovationen der globalen Finanzmärkte ist die Steigerung der Realzinsen zu Beginn der 1980er Jahre. Finanzanlagen gewinnen in einem solchen Fall im Vergleich zu Sachanlagen an Attraktivität. Wenn aber über eine längere Zeitperiode Realzinsen über den realen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukt liegen, können sich Schwierigkeiten von Schuldnern ergeben, den Schuldendienst ordentlich zu leisten. Dann ist es nicht mehr ausgeschlossen, dass sich die Instabilität der Finanzbeziehungen zur offenen Finanzkrise steigert. Dies war bereits in den 80er Jahren der Fall, als fast alle Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, und einige Länder Mittel- und Osteuropas in eine schwere und langwierige Schuldenkrise gerieten, die bis heute nicht endgültig überwunden ist.

Finanzkrisen haben viele, auch im jeweiligen Land selbst zu verantwortende Ursachen. Für

die Schuldenkrise der 80er Jahre war nicht nur die Steigerung der Realzinsen oder der Verfall der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) im Außenhandel vieler Entwicklungsländer verantwortlich. Im Ausland aufgenommene Kredite sind nicht immer zur Steigerung der Wirtschaftskraft und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Land, sondern zum Kauf von Rüstungs- oder Luxusgütern verwendet worden. Die Finanzkrisen der 90er Jahre sind auch eine Folge von fehlenden oder schwachen Aufsichts- und Regulierungsbehörden.

Auch politische Fehleinschätzungen über die wirtschaftliche Lage von den verschiedensten Seiten und daraus resultierendes Missmanagement der nationalen Regierungen spielen eine oftmals entscheidende Rolle. Ein anderer und sicherlich nicht minder entscheidender Krisenfaktor ist jedoch die teilweise enorme Kurzfristigkeit von Finanztransaktionen, die bei einer einsetzenden oder vermuteten Krise zu einer Kapitalflucht aus einem betroffenen Land führen kann. Wenn ein großer Teil der Akteure ihr finanzielles Engagement an den gleichen Informationen (zum Beispiel von „Ratingagenturen“) ausrichtet, kann sich „Herdenverhalten“ ergeben. So hat es nach 1997 einen lawinenartigen Abfluss von Bankkrediten aus fünf asiatischen Ländern gegeben, der sich zu einer großen „Asienkrise“ auswuchs [...]. Hunderte von Millionen von Menschen gerieten ohne persönliches Verschulden durch Finanzkrisen in Mexiko, Asien, Russland, Brasilien, der Türkei und Argentinien in den vergangenen zehn Jahren in materielle Armut.

[...]

Offensichtlich tragen Ratingagenturen und Finanzanalysten eine hohe Verantwortung, weil sie die Anleger in „irrationalem Überschwang“, wie der US Notenbankpräsident Alan Greenspan meinte, in die gleiche Richtung leiten, und diese muss für die Entwicklungsdynamik von Ländern oder die Stabilität globaler Finanzmärkte keineswegs die Angemessene sein. Wenn es denn zu Finanzkrisen kommt, sind die Kosten für alle gewaltig. Einen sehr hohen Preis haben die von einer Finanz- und Bankenkrise betroffenen Gesellschaften zu entrichten, es muss nämlich ein Teil des Bruttoinlandsprodukts zur Sanierung der Finanzindustrie verwendet werden.

[...]

Indirekt wird finanzielle Stabilität als öffentliches Gut schon dadurch anerkannt, dass letzten Endes immer die öffentliche Hand mit Stützungskrediten dafür sorgt, dass Krisen überwunden und wenigstens eine prekäre Stabilität hergestellt werden kann. In den 90er Jahren sind zur Bewältigung der Finanzkrisen aus verschiedenen öffentlich finanzierten Quellen rund 250 Milliarden US-Dollar gezahlt worden, um die finanzielle Stabilität für einen gewissen Zeitraum wiederherzustellen. Diese Mittel haben dafür gesorgt, dass private Vermögenswerte nicht abgeschrieben werden mussten.

Zur Vermeidung beziehungsweise – wenn sie eingetreten sind – zur Bewältigung von Krisen sind nationale und internationale Institutionen der Aufsicht und der Intervention notwendig. Gerade bei der Liberalisierung bisher nicht oder nicht vollständig geöffneter Finanzmärkte in Entwicklungs- und Schwellenländern muss darauf geachtet werden, dass eine wirksam arbeitende Zentralbank und entsprechende, integrierte Aufsichtsorgane gebildet sowie das Haftungs- und Wettbewerbsrecht den Bedingungen deregulierter, offener Märkte angepasst werden.

[...]

Geldwäsche wirksam bekämpfen

Zweitens ist nicht nur finanzielle Stabilität, sondern auch die Integrität der Finanzinstitutionen auf globalen Finanzmärkten wichtig. Integrität wird vor allem durch Geldwäsche illegal erwirtschafteter Erträge in großem Stil unterminiert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt den Umfang der Geldwäsche auf bis zu fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Es handelt sich um eine nicht zu vernachlässigende Größe, zumal dann, wenn die Vortaten berücksichtigt werden, die die im nächsten Schritt „weiß zu waschenden“ monetären Einnahmen erbringen: Drogenhandel, Anlagebetrug, Menschenschmuggel, Korruption, Steuerhinterziehung etc. Solange Geldwäsche nicht wirksam bekämpft wird, wird auch organisiertes Verbrechen nicht wirklich bekämpft. Beim Vorgang der Geldwäsche spielen die Steueroasen eine entscheidende Rolle. Zur Bekämpfung müssen die Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF), die Geldwäsche-Richtlinie der Europäischen Union und die Vorschläge der Konferenz der Parlamente der Europäischen Union vom 8. Februar 2002 zum koordinierten Vorgehen der EU gegenüber nicht kooperativen Ländern und Territorien als Richtschnur dienen. Die Enquete empfiehlt die Verbesserung der Transparenz von Kapitalbewegungen, Sanktionsmöglichkeiten gegen nicht kooperierende Steueroasen und eine verbesserte internationale Finanzaufsicht sowie die Nutzung des Steuerrechts zur Aufdeckung von Gewinnen aus illegalen Geschäften – vom Drogenhandel bis zum Menschenschmuggel.

Stabilisierung der Finanzmärkte

Drittens ist die Stabilisierung der Finanzmärkte durch Regulierung der vornehmlich kurzfristigen

Kapitalbewegungen und der Akteure sowie der „Marktplätze“, auf denen sie transferiert werden (vor allem in den „Offshore-Finanzzentren“) von großer Bedeutung; der Hinweis auf die Kosten der Finanzkrisen hat gezeigt, warum es für Gesellschaften letztlich billiger ist, an dieser Stelle Deregulierungen rückgängig zu machen. Es gibt viele Vorschläge zur Eindämmung der Volatilität der Finanzströme; sie sind zum Teil in den internationalen Institutionen erarbeitet worden, zum Teil stammen sie aus nationalen Parlamenten oder von Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft. Einerseits wird auf die Bedeutung einer verbesserten Koordination der Geld- und Währungspolitik innerhalb und zwischen den großen Währungsräumen verwiesen. Zum Anderen ist zur Reduzierung der Volatilität eine Devisentransaktionssteuer nach dem Vorschlag von James Tobin schon vor Jahren ins Gespräch gebracht worden. Internationale Devisentransaktionen würden mit einem geringen Steuersatz von weniger als 0,5 Prozent vom Umsatz belegt. Für langfristige Investitionen mit mehreren Jahren Festlegung fiel die Belastung kaum ins Gewicht, kurzfristige Transaktionen (sogenannte Round-Trips, bei denen Summen oft mehrmals am Tag bewegt werden, um minimale Geldhandelsspannen auszunutzen) würden hingegen bei jedem Währungsaustausch besteuert. Sie würden außer bei großen Kursveränderungen unrentabel und daher unterbleiben. Dies könnte zur Beruhigung der Finanzmärkte beitragen. Die Enquete-Kommission empfiehlt deshalb der Bundesregierung, sich zunächst auf europäischer und dann auf internationaler Ebene für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer einzusetzen.

Ergänzend zur „Segmentation“ von Währungsmärkten durch die Devisentransaktionssteuer kann viertens ein Zusammenschluss kleinerer Währungsräume zur Stabilisierung von Währungs- und Finanzbeziehungen beitragen. Dies hätte auch James Tobin alternativ zu der „Tobin-Steuer“ vorgeschlagen. Die Europäische Währungsunion beispielsweise hat mit der Einführung des Euro jeglicher Währungsspekulation zwischen den bedeutenden europäischen Währungen ein Ende bereitet. Das ist ein großer Erfolg auf dem Weg zu einem demokratischen und sozialen Europas. Er muss jetzt noch durch die Herstellung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts abgesichert werden.

Eine in diesem Sinne nicht erfolgreiche Form der Währungsintegration ist demgegenüber die einseitige Anbindung einer Währung an eine andere („volle“ Dollarisierung wie in Ecuador beziehungsweise „volle“ Euroisierung wie im Kosovo oder Dollarisierung mit einem „Currency Board“ wie lange Zeit in Argentinien). Die Dollarisierung ist, wie der Krisenfall Argentinien zeigt, nur eine Lösung von Finanzproblemen auf Zeit (zur Minderung der internen Inflation und des externen Währungsverfalls). Sie birgt aber viele Gefahren für die jeweiligen Länder. Zunächst ist vor allem der Verlust der wirtschafts- und geldpolitischen Souveränität, ohne sicher sein zu können, dass die geldpolitischen Instanzen des jeweiligen Hart- und Leitwährungslandes auf die Belange eines „dollarisierten“ Landes Rücksicht nehmen. Die jüngsten in Argentinien 2001 und 2002 gemachten Erfahrungen bestätigen die grundsätzlichen Bedenken. Letztlich musste die Dollarbindung 2001 aufgegeben werden. Aus der Währungskrise entwickelte sich eine Finanzkrise, eine Bankenkrise, eine soziale Krise und schließlich eine schwere politische Krise. Zu den Problemen liberalisierter Finanzmärkte gehört neben der Gefährdung der Stabilität und Integrität der Wirtschaft auch der Druck, den die großen Akteure auf den Finanzmärkten auf Unternehmen und Regierungen ausüben. Institutionelle Investoren setzen das Management großer Kapitalgesellschaften unter Druck, die Geschäftspolitik ausschließlich auf die Interessen der Aktionäre an schnellen Gewinnen und Steigerungen der Aktienkurse auszurichten (Shareholder-Value-Orientierung) und die Interessen anderer Gruppen, wie Arbeitnehmer und Verbraucher (Stakeholder) demgegenüber zu vernachlässigen. Mit der Drohung, ansonsten ihr Kapital abzuziehen, bringen sie auch demokratisch gewählte Regierungen dazu, ihre Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik an hohen Renditen auf Finanzanlagen auszurichten statt an Vollbeschäftigung, Wohlstand und gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung sowie ökologischer Nachhaltigkeit. Auch ist es riskant, die sozialen Sicherungssysteme durch Privatisierung den Entwicklungen der Kapitalmärkte auszuliefern oder wie im Falle großer US-amerikanischer Pensionsfonds zum Motor des Shareholder-Denkens zu machen. Geldwäsche ist eine Aktivität auf globalen Finanzmärkten, die Gesetze und ethische Normen missachtet. Ganz anders nachhaltiges Investment, das insbesondere dem Kleinanleger die Möglichkeit eröffnet, sein finanzielles Engagement in Unternehmen und Fonds nicht ausschließlich an Renditeaspekten auszurichten. Zur Verbesserung der Transparenz von Kapitalanlagen ist eine regelmäßige Berichtspflicht aller Anlageformen empfehlenswert, um soziale oder ökologische Aspekte in eine Investitionsentscheidung einbeziehen zu können. Die Kommission empfiehlt darüber hinaus, bei der staatlichen Förderung von Investitionen, von Altersvorsorge oder von anderen Förderungsobjekten Nachhaltigkeits-Kriterien anzulegen.

Reform der Institutionen von Bretton Woods

Eine Reform der globalen Finanzmärkte ist überfällig, aber ohne eine Reform der „Institutionen von Bretton Woods“, von IWF und Weltbank, schlechterdings nicht möglich. Die zentrale

Aufgabe des IWF ist die Stabilisierung der Weltwährungsbeziehungen und die Überwindung akuter Zahlungsbilanzkrisen. Während des Systems fester Wechselkurse bis zu Beginn der 70er Jahre ging es vor allem um die Bewältigung kurzfristiger Ungleichgewichte in den Währungsrelationen. Danach mussten (seit den 80er Jahren) Schuldenkrisen gemeistert werden, indem Schuldnerländer wieder gegenüber den kreditgebenden Institutionen (zumeist privaten, international operierenden Großbanken) mit Hilfe von „Strukturanpassungsprogrammen“ zahlungsfähig gemacht wurden. Der Preis für die ohnehin schwachen Schuldnerländer waren zumeist tiefe soziale Einschnitte, die in manchen Fällen sogar zu politischen Unruhen führten, und eine Umgestaltung des ökonomischen Systems in Richtung liberalisierter, offener Märkte. Nicht immer war diese Politik erfolgreich. Im Gegenteil, die Finanzkrisen der 90er Jahre haben gezeigt, dass die langjährige Politik der Strukturanpassung in einer globalisierten Wirtschaft in eine Sackgasse geraten ist.

Seit der Asienkrise wird von einem „Post-Washington-Konsens“, seit der UN-Konferenz „Financing for Development“ vom März 2002 von einem „Monterrey-Consensus“ und von der Errichtung einer „neuen Finanzarchitektur“ gesprochen. Gemeint ist also eine grundlegende Reform. Es wird mehr und mehr anerkannt,

- dass bei den Bedingungen für Kredite offizieller Kreditgeber („Konditionalität“) soziale und ökologische Kriterien in die Entscheidungsfindung einzubeziehen sind
- dass die Transparenz der Entscheidungsfindung, die Partizipation der Entwicklungsländer und die Offenheit gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren verbessert werden müssen,
- dass im IWF die verschiedenen Sichtweisen und nicht nur eine Schule – heute dominieren Vertreter der Angebots- und Anhängers- und Anhänger umfassender Deregulierung – vertreten sein muss und

- dass sich die kreditnehmenden Länder Konditionen „zu eigen“ machen können, ohne dass sie ihnen auferlegt werden („Ownership“). Wichtig ist in der Diskussion über Reformen der Bretton Woods-Institutionen eine balancierte Neuverteilung der Stimmrechte, so dass in Zukunft nicht mit einer Sperrminorität von 15 Prozent der Stimmen wichtige Strukturentscheidungen verhindert werden können.

Um zu verhindern, dass die zu erwartenden Finanzhilfen des IWF (die letztlich von Steuerzahlern aufgebracht werden) im drohenden Krisenfall quasi als „Kreditversicherung“ in die Überlegungen von Investoren mit einbezogen werden (dies führt zu unangemessener Risikofreude, „Moral Hazard“, d.h. zu Geschäften zu Lasten der Steuerzahler), muss klargestellt werden, dass sich an den Kosten einer Krisenbereinigung nicht nur die Schuldner und die internationale Gemeinschaft, sondern auch die Gläubiger beteiligen müssen („Bail in“, „Private Sector Involvement“). Die Risiken von Investitionen müssen in wirtschaftliche Entscheidungen einbezogen werden. Private Investoren sollten nicht mehr damit rechnen können, dass die Kosten für von ihnen eingegangene offensichtliche Risiken durch die Steuerzahler getragen werden.

[...]

3. Globale Waren –und Dienstleistungsmärkte

[...]

Die Welthandelsorganisation WTO

Gravierenden Handlungsbedarf sieht die Kommission weiterhin in den Tätigkeitsbereichen der Welthandelsorganisation (WTO). Welche Bedeutung die WTO inzwischen für die weltweiten Handelsbeziehungen hat, zeigt sich schon an dem erheblichen Zuwachs an Mitgliedern, den die Organisation zu verzeichnen hat. Der Zulauf überrascht nicht. Denn die WTO mit Sitz in Genf ist das Machtzentrum der Globalisierung. Die auf ihren Konferenzen beschlossenen Richtlinien stellen letztendlich das Grundgesetz des Welthandels dar. Staaten, die sich nicht an dem Zusammenschluss beteiligen, müssen mit Nachteilen beim Zugang zum globalen Markt rechnen. Allerdings dürfen, trotz dieser Handelsfrieden stiftenden Zielsetzung der Institution, die Augen nicht vor dem offensichtlichen Reformbedarf der WTO verschlossen werden. In den nächsten Handelsrunden wird es notwendig sein, die Position der Entwicklungsländer im Welthandel zu verbessern. Vorrangig geht es um einen deutlich erleichterten Marktzugang, insbesondere auch für Halbfertigprodukte und für weiterverarbeitete Primärprodukte. Auf der anderen Seite müssen Länder, die nachholende Entwicklung betreiben, teilweise und zeitlich begrenzt gegenüber Weltmarktangeboten auf volle Marktöffnung verzichten können. Um mit wenigstens annähernd guten Chancen am Welthandel teilnehmen zu können, müssen viele Länder der früher sogenannten Dritten Welt zunächst im nationalen Rahmen erfolgreich eine Investitions- und Aufbaustrategie verfolgen können.

Ein noch neues Thema der WTO sind international gehandelte Dienstleistungen. Dieser Bereich gilt als der dynamische Wachstumsbereich, der allein im Jahre 1999 einen Wert von 1,34 Billionen Dollar erreichte, was einem Fünftel des Welthandels entspricht. Der Dienstleistungsanteil am Welthandel ist jedoch relativ gering, wenn man seine wachsende Bedeutung für

Wirtschaft und Beschäftigung bedenkt: In den großen Industrieländern (OECD) tragen Dienstleistungen 60 bis 70 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und beschäftigen 64 Prozent aller Arbeitnehmer. Mit dem nun in der WTO zur Verhandlung anstehenden Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) sollen die Dienstleistungsmärkte in zwölf Sektoren und vier Arten der Erbringung eingeteilt und für Unternehmen geöffnet werden. Dabei geht es nicht allein um wirtschaftsnahe Dienstleistungen wie beispielsweise freiberufliche Dienste, Datenverarbeitungsdienstleistungen, Werbung, Kommunikationsdienstleistungen (Post, Kurierdienste, Telekommunikation), Bau- und Montageleistungen (Hochbau, Tiefbau etc.), Vertriebsdienstleistungen (Großhandel, Einzelhandel). Die Neuregelungen werden auch die Bildungsdienstleistungen (Kindergarten, Schulbildung, Berufs- und Universitätsausbildung), Umweltdienstleistungen (Abwasser, Müllabfuhr), Finanzdienstleistungen, medizinische und soziale Dienstleistungen (einschließlich Krankenhäuser), Tourismus und Reisedienstleistungen, Erholung, Kultur und Sport sowie alle Transportdienstleistungen zu See, Luft, Straße, Schiene, Raumfahrt erfassen. Ausgenommen werden sollen nur Dienste, die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden und Luftverkehrsrechte.

Gerade weil die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes die zukünftige Markt und Sozialordnung des globalen Arbeitsmarktes betrifft, ist eine Verankerung der universell anerkannten ILO-Kernarbeitsnormen in das WTO-Abkommen unerlässlich. Kinder-, Sklaven- und Zwangsarbeitsnormen selbstverständlich international geächtet und verboten sein. Aber selbst in den Industrieländern, das zeigt sich am Beispiel der Zwangsarbeit für Häftlinge US-amerikanischer Haftanstalten, ist dies nicht selbstverständlich. Gerade Wanderarbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifverhandlungen abzuschließen zu können. Sonst wird dem Lohn- und Sozialdumping alle Tore geöffnet. Es kann auch nicht sein, dass grenzüberschreitende Dienstleistungsfreiheit das Mindestniveau an ortsüblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen im Sinne des globalen Wettbewerbs unterschreitet. Dazu müssen Regelungen, wie eine globale Entsenderichtlinie und Qualitätsstandards im WTO-Abkommen zum Öffentlichen Beschaffungswesen gefunden werden. Es fehlt bisher weitgehend an Folgeabschätzungen. Entsprechend kontrovers diskutiert wurden mehrere Kommissions-Empfehlungen zu GATS. Die Enquete-Kommission empfiehlt, die Bereiche der „hoheitlich erstellten Dienstleistungen“ wie Bildung und die sogenannte Öffentliche Daseinsvorsorge von den Verhandlungen zum GATS auszunehmen. Darüber hinaus dürfen bei der Harmonisierung internationaler Dienstleistungsstandards beziehungsweise beim Abbau handelsverzerrender Dienstleistungsregulierungen keine internationalen Verpflichtungen eingegangen werden, die EU-Recht unterlaufen oder das Recht der Nationalstaaten auf national höherwertige Standards und Normen einschränken. Insbesondere im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe wie auch bei den Marktzugangsregelungen für den europäischen Arbeitsmarkt müssen europäische oder nationalstaatlich vereinbarte höhere Standards in Bezug auf die Einhaltung von Tarifverträgen, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung sowie sozial-, umwelt- und wachstumspolitischer Ziele erhalten bleiben, oder –besser noch– faktisch durchgesetzt werden.

Die Kommission ist sich einig, dass Umwelt- und Sozialstandards in der Wirtschaft unerlässlich sind. Die Kommission sieht deren Integration in das Regelwerk der WTO als geeignetes Mittel, um umwelt-, entwicklungs- und sozialpolitische Ziele zu verwirklichen. Sie empfiehlt auch die gleichrangige Berücksichtigung aller völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen bei handelspolitischen Regelungen. Denn es besteht erfahrungsgemäß die Sorge, dass sonst GATT/WTO-Entscheidungen das Postulat der Handelsliberalisierung über alle anderen politischen, sozialen oder ökologischen Gesichtspunkte stellen. Die Kommission sieht die Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen multilateralen Abkommen und denen der WTO zu klären, und zwar mit einem klaren Vorrang für die Durchsetzung von Menschenrechten beziehungsweise Friedens- und Umwelt- sowie sozialpolitischen Abkommen, falls es zu Konflikten zwischen dem internationalen Handelsrecht und diesen kommt. In diesem Sinne sollen die durchaus effektiven Streitschlichtungsverfahren und möglichen Sanktionsmechanismen genutzt werden.

Solange soziale und ökologische Standards in internationalen Abkommen nicht befriedigend abgesichert sind, droht die Gefahr, dass weltweit „Sonderwirtschaftszonen“ zunehmen, in denen ohne Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards produziert wird. In den letzten Jahren wurden privatwirtschaftliche Verhaltenskodizes entwickelt, die als Selbstverpflichtung soziale und ökologische Fortschritte unter Wahrung legitimer geschäftlicher Interessen erzielen können.

Auch wenn Verhaltenskodizes einen Rechtsrahmen keineswegs ersetzen, können sie doch durchaus wirksam sein: Das Fehlen solcher Verhaltenskodizes kann bei Unternehmen gewisser Branchen faktisch zu deren Marktausschluss führen. Für die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit äußerst hilfreich ist die Einführung geeigneter Zertifizierungs-, Auditierungs-, Monitoring- und Verifizierungsverfahren unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Dabei sollte geprüft werden, inwieweit die Überführung von Kodizes mit Mindeststandards in gesetzliche Regelungen sinnvoll ist. Die Bundesregierung sollte außerdem die Bemühungen zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Umsetzung und Überwachung von Verhaltenskodizes unterstützen.

Als zwischenstaatliche Organisation hängt die WTO in ihrer nur mittelbaren demokratischen Legitimation davon ab, dass alle Mitgliedstaaten die gleichen Teilnahmemöglichkeiten an der Entscheidungsfindung und den Beschlüssen haben und auch praktizieren können. Hier bestehen allerdings Defizite: Das zahlenmäßige Gewicht der Entwicklungsländer – sie stellen rund 80 Prozent der WTO-Mitglieder – schlägt sich nicht in einem entsprechenden Einfluss nieder. Bedenklich ist außerdem, dass das entscheidende Gewicht bei den WTO-Verhandlungen wie bei zahlreichen anderen internationalen Institutionen (IWF, Weltbank, G7 oder OECD) bei den Regierungen liegt. Das erkennbare Demokratiedefizit sollte durch eine stärkere Beteiligung und Einflussnahme der Parlamente der Mitgliedsstaaten aufgelöst werden.

Auch ist die Transparenz insbesondere im gerichtsähnlichen WTO-Streitschlichtungsverfahren bislang unbefriedigend. Die Vorschläge der Kommission zielen deshalb auch darauf ab, dass die WTO-Gremien ihre Entscheidungsfindungen gegenüber der Öffentlichkeit offen legen müssen. Entsprechend den bei internationalen Organisationen üblichen Akkreditierungsverfahren sollten Beobachter internationaler Organisationen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden einen Beobachterstatus erhalten und zu Sitzungen der WTO-Organe Zugang haben. Insbesondere ILO und UNEP sollte ein Rederecht eingeräumt werden und abweichende Voten ihrerseits sollten zumindest einen Begründungszwang der WTO-Schiedsstellen konstituieren. Zur besseren demokratischen Anbindung der gemeinsamen EU-Handelspolitik sollte das Europäische Parlament zukünftig in Fragen der europäischen Außenhandelspolitik ein Mitentscheidungsrecht erhalten, die Gestaltung der Globalisierung stärker zum Gegenstand von Debatten und Entscheidungen der nationalen Parlamente werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Entwicklungsländern sollen durch entsprechende finanzielle und institutionelle Unterstützung verbessert werden.

[...]

10. Globalisierung gestalten durch Global Governance

Mit zunehmendem Grad der Globalisierung der Weltwirtschaft und der Loslösung der Ökonomie aus dem nationalstaatlichen Gestaltungsrahmen wächst die Notwendigkeit einer globalen, politischen Gestaltung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Prozesse. Wie die globalen Herausforderungen demokratisch gestaltet werden können, das wird neuerdings unter dem englischen Schlagwort „Global Governance“ diskutiert (was nicht mit dem Gedanken einer Weltregierung zu verwechseln ist). Die Enquete-Kommission greift das „Global Governance“-Konzept auf und plädiert dafür, einer zusammenwachsenden Welt einen fairen, rechtlich verlässlichen und die Begrenztheit der Natur respektierenden politischen Rahmen zu geben. Das Prinzip der rechtsstaatlichen Demokratie, wonach die Menschen selbst die Wahl haben, ihre Lebensverhältnisse zu bestimmen, muss auch global verwirklicht werden. Die Kommission beschäftigte sich insbesondere mit der Frage, wie die Globalisierung so gestaltet werden kann, dass deren Risiken minimiert und Chancen optimiert sowie existierende Fehlentwicklungen korrigiert werden können. Nicht nur unsere moralische Verantwortung, auch gemeinsame Interessen an der erfolgreichen Lösung bestimmter gemeinsamer Probleme motivieren die Überlegungen zur Schaffung und Gestaltung einer demokratischen und gerechten Global Governance.

[...]

Reorganisation der internationalen Institutionenlandschaft

Im Rahmen des Auf- und Ausbaus von Global Governance spielt die Stärkung, Reform und Demokratisierung von internationalen Institutionen eine wesentliche Rolle, z.B. im Rahmen des UN-Systems oder der Bretton-Woods-Institutionen. Ziel ist es, heute noch ineffektive oder gar undemokratische Strukturen zu überwinden und eine den Problemen angemessene Reorganisation der internationalen Institutionenlandschaft zu erreichen. Handlungsbedarf besteht dort, wo aufgrund drängender globaler Probleme ein politisches Vakuum erkennbar wird. Dort sollen effektive und demokratische internationale Organisationen und Regime geschaffen beziehungsweise existierende Institutionen reformiert werden. Dazu gehört erstens eine, heute meist nicht gegebene, hinreichende finanzielle Ausstattung der Organisationen sowie zweitens mehr Transparenz hinsichtlich ihrer Entscheidungsprozesse. Auch die gleichgestellte Beteiligung von Frauen muss verbessert werden.

Die von den Arbeitsgruppen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützte Neuverteilung der Stimmrechte bei IWF und Weltbank mit dem Ziel einer Nord-Süd-Parität geht nach

Ansicht der CDU/CSU- und FDP-Arbeitsgruppe zu weit. Dagegen votiert die PDS-Arbeitsgruppe nicht nur für eine Demokratisierung der Stimmrechtsstruktur, sondern auch für eine Neubestimmung des Auftrags des IWF. Den Vorschlag der Mehrheit, ein Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte („Sozialpakt“) einzuführen, das die Untersuchung und quasi-richterliche Entscheidung von Individualbeschwerden durch einen Sachverständigenausschuss ermöglicht, trägt die CDU/CSU-Arbeitsgruppe ebenfalls nicht mit. Nach Ansicht der FDP-Arbeitsgruppe offenbaren viele Empfehlungen ein zu großes Vertrauen in die Schaffung neuer Institutionen. Die Verwirklichung von Global Governance ist weit mehr als nur eine organisatorische oder finanzielle Angelegenheit, sondern ein politischer Prozess, bei dem auch Machtungleichgewichte, die für gegenwärtige Probleme mitverantwortlich sind, überwunden werden müssen. Insbesondere die PDS-Arbeitsgruppe kritisiert eine zu sehr auf institutionelle Fragen gerichtete Diskussion. Global Governance müsse sich auf bereits bestehende ökonomische und politische Globalisierungsstrukturen beziehen und eine radikale Korrektur der gravierenden Fehlentwicklungen anstreben. Nach Ansicht der FDP-Arbeitsgruppe muss die besondere inhaltliche Handlungsfähigkeit von IWF und WTO im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen differenzierter eingeschätzt werden: Es sei im Falle der WTO nicht die internationale Behörde, die besonders handlungsfähig ist, sondern die Übereinkunft der dahinterstehenden Vertragsparteien. Konsens ist, dass internationale Organisationen nur so stark sind, wie ihre Mitgliedsstaaten sie machen: Sowohl eine umsichtige Übertragung von Handlungskompetenzen als auch eine ausreichende Ressourcenausstattung ist Voraussetzung für ihre Handlungsfähigkeit. Deutschland sollte im Verbund mit der EU zur Stärkung internationaler Organisationen beitragen, um deren Fähigkeiten zum Management grenzüberschreitender Probleme und zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu verbessern. Dort, wo bereits rechtsverbindliche internationale Normen gesetzt werden konnten, sollte ihre Um- und Durchsetzung befördert und einzelstaatliche Rückschritte möglichst verhindert werden. Auch regionale Kooperationsprojekte sind eine wichtige Stütze. Die Europäische Union, die nicht nur auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch auf politische Integration, parlamentarische Mitwirkung und sozialen Ausgleich zielt, ist ein positives Modell, das es weiter auszubauen und weiter zu demokratisieren gilt. Regionen sollten ihre Zusammenarbeit im Rahmen demokratischer Institutionen verbessern und auch ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit stärken. So könnten sie auch die Arbeit der UNO besser unterstützen und zu deren Demokratisierung beitragen, wobei die Regionen auch im UN-Sicherheitsrat stärker mit Sitz und Stimme vertreten sein sollten. Die Bündelung regionaler Kräfte und Interessen könnte auch Entwicklungsländer dabei unterstützen, stärker als bisher von den Vorteilen der Globalisierung zu profitieren. Entwicklungspolitik sollte generell im Sinne einer internationalen Strukturpolitik konzipiert werden, um die Rahmenbedingungen für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu verbessern. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe der CDU/CSU könnte auch eine informelle regionale Gruppe – im Sinne einer G24 – zur weltweiten Abstimmung der unterschiedlichen globalen Politikfelder beitragen.

Die zukunftsweisende Rolle der Zivilgesellschaft

Global Governance muss so gestaltet werden, dass die Demokratie in Zeiten der Globalisierung wieder gestärkt wird. [...] Hier geht es um das konstruktive Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Schließlich hat die Zivilgesellschaft selbst mit ihren zahlreichen Nichtregierungsorganisationen längst nationalstaatliche Grenzen überwunden [...] und ein großes Potenzial entwickelt, um weltweit zum effektiven Schutz der öffentlichen Güter beizutragen. Im Rahmen einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sollten Politiknetzwerke und -partnerschaften zwischen Regierungen, Parlamenten, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen sowie Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden. Diese Zusammenarbeit sollte dazu beitragen, internationale Politikprozesse besser vor-, aber auch nachbereiten zu können und damit auch deren Transparenz für die Bevölkerung zu erhöhen.

[...]

Die Zivilgesellschaft steht für die Erweiterung der Möglichkeiten politischer Teilhabe und Mitwirkung an globalen Fragen und damit der Überwindung der weit verbreiteten Resignation gegenüber der repräsentativen Demokratie. Natürlich müssen auch nichtstaatliche Akteure stets aufs Neue ihre Glaubwürdigkeit beweisen und den Primat der parlamentarischen Demokratie und ihrer Regierung respektieren. Das gilt insbesondere bei der Gesetzgebung, beim Gewaltmonopol und bei der Verhandlungsführung in internationalen Konferenzen. Umgekehrt kommt dem Staat im Umgang und bei der Aktivierung der Zivilgesellschaft für die Ziele der Demokratie und für den Schutz der öffentlichen Güter eine neuartige Verpflichtung

zu. Von besonderer Bedeutung sind Transparenz politischer Prozesse sowie der freie Zugang zu Informationen, wie er in den USA durch den Freedom of Information Act abgesichert ist oder im Bereich des Umweltschutzes in der Konvention von Aarhus 1998 festgelegt wurde. Darüber hinaus müssen sowohl Wirtschaft als auch Gewerkschaften die Möglichkeit haben, zu wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und umweltpolitischen Privatisierungs- und Deregulierungsvorhaben der internationalen Handels- und Finanzpolitik Stellung zu nehmen, damit die Gestaltungsaufgabe der europäischen Sozialpartner in Wirtschaft und Gesellschaft nicht auf Kosten der Globalisierung ausgehöhlt wird. Das Europäische Sozialmodell würde ansonsten an Bedeutung und damit letzten Endes an Glaubwürdigkeit verlieren.

Generell ist bei der Bildung transnationaler Netzwerke wichtig, auch lokale Akteure einzubinden und eine Balance zwischen den verschiedenen Beteiligten zu finden, etwa zwischen Nord und Süd, Starken und Schwachen, potenziellen Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Auch hier sollte darauf geachtet werden, dass Frauen und Männer gleichberechtigt vertreten sind und dass frauenspezifische Belange berücksichtigt werden.

Die Zivilgesellschaft kann darüber hinaus auch die Gestalt der Privatwirtschaft wesentlich mit beeinflussen. Die soziale Verantwortung von Unternehmen („Corporate Social Responsibility“) wird von der Wirtschaft selbst betont. Das Streben nach Glaubwürdigkeit dieser Verantwortung legt eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft nahe – bei Achtung der jeweiligen Eigenart beider Seiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit könnten freiwillige Selbstverpflichtungen bestehendes (zwischen-)staatliches Recht ergänzen und internationale Vorbildfunktion für eine angepasste und angemessene Standardsetzung haben [...].

Während die Arbeitsgruppen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen die Rolle multilateraler Kooperation und der Zivilgesellschaft stärken möchten, kritisiert die Arbeitsgruppe der CDU/CSU, dass die heutige Rolle des Staates unterschätzt und die Rolle zwischenstaatlicher Kooperation und Beteiligung der Zivilgesellschaft überbetont werde. [...] Wenn dem Völkerrecht die Rolle eines sich verdichtenden Netzwerks bis hin zur Konzeption einer „Global Governance“ zuwachsen soll, so sei jeder Schritt in diese Richtung nur durch die Nationalstaaten möglich. Dagegen repräsentierten Nichtregierungsorganisationen naturgemäß immer nur einen Ausschnitt der Gesellschaft und verfolgten Einzelinteressen. Der Anspruch, für die Zivilgesellschaft im Allgemeinen sprechen zu können und an politischen Entscheidungsverfahren direkt beteiligt zu werden, sei nicht akzeptabel, da alleine die Parlamente und Regierungen durch allgemeine, freie Wahlen legitimiert seien zu entscheiden. Nur Nichtregierungsorganisationen, deren Organisation und interne Entscheidungsprozesse transparent seien und rechtschaffen ablaufen und die auf jedwede Form von Gewalt verzichten, seien legitimiert, als Interessenvertreter gehört zu werden.

[...]